Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 115,—Mk. Durch die Post monatl. 115,—Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 6.—Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 10.—Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteiteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 43. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 5 Mark | **Mittwoch, den 20. September 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 220**

Die Vervierfachung des Getreideumlagepreises

Ein neuer Raubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 20. September.

Aus dem Reichsernährungsministerium wird der „Deua" mitgeteilt: Eine spätere Erhöhung des Brotpreises wird sich nicht umgehen lassen. Bei der Festsetzung des Preises für die diesjährige Getreideumlage konnte man natürlich die jetzt eingetretene Teuerung und vor allen Dingen die starke Preissteigerung für das Auslandsgetreide nicht vorhersehen. Das Ernährungsministerium ist also gezwungen, eine neue Erhöhung des Umlagepreises vorzubereiten, um wenigstens einen kleinen Ausgleich herbeizuführen. Die Kabinettsberatungen über die Erhöhung des Getreidepreises werden auf keinen Fall eher stattfinden, als die sozialdemokratischen Minister des Kabinetts vom Parteitag in Augsburg zurückgekehrt sind. Es ist vor der Ergreifung einer solch entscheidenden Maßnahme auch geplant, die Parteien zu hören und deren Ansichten über die zu unternehmenden Schritte einzufordern.

*

Der zur Begutachtung der Umlagegetreidepreise auf Grund des Umlagegesetzes gebildete Ausschuß hat am Sonnabend eine Erhöhung des Umlagegetreidepreises **um das Vierfache für das erste Drittel des abzuliefernden Getreides beschlossen.** Damit hat der Ausschuß, mit Hilfe des Reichsernährungsministeriums, die ihm nach dem Umlagegesetz zustehenden Rechte überschritten, da er nur zuständig ist für die Preise der restlichen zwei Drittel des abzuliefernden Getreides.

Die bürgerlichen Vertreter und der Reichsernährungsminister pfeifen auf die Bestimmungen der Gesetze, wenn das im kapitalistischen Interesse liegt.

Der Unterernährungsminister Fehr erklärte in der Ausschußberatung, er beabsichtige entsprechend der Entscheidung des Ausschusses die Reichsgetreidestelle anzuweisen, die erhöhten Beträge an die Agrarkapitalisten zu zahlen, er werde die Zustimmung des Reichstages nachträglich einholen. Fehr begründete die Erhöhung der Preise für das erste Drittel mit den gestiegenen Preisen für freies Getreide. Bei den „niedrigen" Umlagepreisen stocke die Ablieferung, die bis zum 15. September nur 110 000 Tonnen, also den vierten Teil gegenüber dem Vorjahre, eingebracht habe. Damit erklärt Fehr, daß die Regierung nicht gewillt ist mit ernsten Maßnahmen gegen die sabotierenden Agrarkapitalisten vorzugehen, nicht einmal soweit dies im Rahmen des Getreideumlagegesetzes möglich ist. Die lächerliche Begründung, daß man den Agrarkapitalisten erlauben müsse, mit dem Umlagegetreide Wucher zu treiben, weil sie bereits bei dem freien Getreide ungeheuere Wucherpreise einsacken, kennzeichnet die Ernährungspolitik der Regierung.

Was sagen die Sozialdemokraten zu dem Vorgehen ihrer Koalitionsbrüder? Sie haben bei der obengenannten Ausschußsitzung sich der Abstimmung enthalten, indem sie erklärten, sich an einem gesetzwidrigen Vorgehen nicht mitschuldig machen zu wollen. Werden die Sozialdemokraten auch die Konsequenzen ziehen, aus der Koalitionsregierung austreten und den Kampf gegen die Teuerung, gegen den Wucher, den Kampf um die Kontrolle der Produktion und um die Festsetzung der Preise durch das Proletariat aufnehmen? Der „Vorwärts" vom 17. September 1922 erklärt in einem Drahtbericht aus Augsburg, daß bei den Parteitagsdelegierten über den Beschluß des Reichsausschusses helle Empörung herrsche, der Parteitag werde zum Verhalten des Ernährungsministers Stellung nehmen, der Beschluß sei ein bewußter Vorstoß **gegen die Koalition im Reiche.** In seinem Kommentar zu den Beschluß des Ausschusses schreibt der „Vorwärts":

„Der Parteitag wird aus dieser Sachlage seine Schlüsse ziehen und sich wohl vor allem die Frage vorlegen, ob es angesichts einer solchen „Koalitionspolitik" noch möglich ist, die Umtriebe der erstarkenden Privatwirtschaft mit dem Namen und dem Ansehen der Partei im Reichskabinett zu decken."

Wie immer, wenn die Bourgeoisie einen besonders fühlbaren Stoß gegen das Proletariat führt und dessen Empörung geradezu herausfordert, finden die Sozialdemokraten einige starke Worte. So war es schon bei der Beratung des Umlagegesetzes im Reichstag. Angesichts der Erregung der arbeitenden Massen infolge des Rathenaumordes forderten damals die Sozialdemokraten beider Färbung eine Umlage von 4½ Millionen Tonnen. Sie drohten mit „Auflösung des Reichstages" mit „Austritt aus der Koalitionsregierung" und hatten dann nichts Eiligeres zu tun, als die erregten Massen zu beschwichtigen, um politisch und wirtschaftlich vor der Reaktion zurückweichen zu können.

Das Gespenst des Bürgers Paul Levi, der Dollar, könnte auf 1000 Mk. steigen, hatte seine Wirkung. Anstatt des Kampfes um die 4½ Millionen Tonnen, stimmten die Sozialdemokraten für 2½ Millionen Tonnen, stimmten ferner für Erhöhung des Umlagepreises für das erste Drittel und übergaben die Preisfestsetzung für die restlichen zwei Drittel gerade diesem Preisausschuß, der heute dem Wucher der Agrarkapitalisten freie Bahn schafft. Dem Kampf um die Kontrolle der Ablieferung durch das Proletariat zur Verhinderung der großagrarischen Ablieferungssabotage wichen die Sozialdemokraten aus und überließen dem Reichsernährungsministerium die Durchführung der Ablieferung. Damit gaben die Sozialdemokraten den Agrarkapitalisten die Möglichkeit, in der heute zutage tretenden Weise die Ablieferung zu sabotieren.

Selbst wenn, wider Erwarten, diesmal die Sozialdemokraten ihren Worten Taten folgen lassen und aus der Koalitionsregierung austreten, ist dem Proletariat doch nichts geholfen. Die Arbeiterschaft muß von den Führern der SPD. fordern, daß sie nicht nur formal aus der Koalitionsregierung austreten, sondern die Koalitionspolitik preisgeben und den **rücksichtslosen Klassenkampf gegen die kapitalistische Klasse aufnehmen.**

Um den Schlag der Agrarkapitalisten zu parieren, um der Teuerung Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, energisch den Kampf aufzunehmen gegen die Sabotage der Ablieferung und des Anbaus der Agrarprodukte, ist notwendig der Kampf um die Erfassung des Getreides, der Kartoffeln usw., der Kampf um die Festsetzung der Preise, um die Kontrolle der gesamten Produktion durch das Proletariat. In diesem Sinne haben die Betriebsräte Berlins und den anderen Orten die ersten Schritte unternommen. Das Proletariat verlangt, daß die Führer der Gewerkschaften, die Führer der SPD. und USPD. diesen Kampf unterstützen, oder es wird über die Köpfe sabotierender Führer hinweg selbständig den Kampf organisieren und durchführen. Die Zeit des Abspeisens mit einigen Worten ist vorüber, es heißt jetzt: Entweder — Oder!

Die Garantieleistung an Belgien

Die Abmachungen mit der Bank von England

Ueber die Abmachungen zwischen der Reichsbank und der Bank von England erfährt die Tel.-Union aus Londoner Bankkreisen, die Regierung habe sich gegenüber der Reichsbank verpflichtet, dieser während 18 Monaten monatlich 15 Millionen Goldmark zur Verfügung zu stellen. Die Bank von England garantiert 100 Millionen Goldmark. Als deutsche Gegengarantien dienen die Unterschrift der Reichsbank und die in der englischen Bank deponierten 50 Millionen Goldmark.

*

Die ersten beiden fälligen Raten von je 50 Millionen Goldmark im Januar und Februar 1923 zahlt die Reichsbank auf Grund der von der Bank von England garantierten oder gelieferten 100 Millionen. Wahrscheinlich werden aber diese beiden Schatzwechsel von der Bank von England schon jetzt diskontiert, d. h. an Belgien ausgezahlt. Die weiteren Zahlungen soll die Reichsbank auf Grund der bei ihr angesammelten monatlichen Raten von je 15 Millionen Goldmark einlösen.

Aus diesem Zahlungsplan geht hervor, daß die Reichsregierung statt einer Atempause von jetzt an monatlich 15 Millionen Goldmark an die deutsche Reichsbank zu zahlen hat, ferner daß das Golddepot in London sowie infolge der Unterschrift des Reichsbankpräsidenten die gesamte Goldreserve der Reichsbank als Garantiedeckung der Schatzwechsel vorgesehen wird. Welche politischen und wirtschaftlichen Konzessionen die deutschen und englischen Finanzkreise von der Wirth-Regierung dafür erhalten haben, daß sie aus der Verlegenheit helfen, wird auch in diesem Bericht nicht erwähnt. Die Arbeiterschaft muß sofortige Aufklärung verlangen.

*

Das erweiterte Stinnesgeschäft

„Chicago Tribune" zufolge soll der französische Minister Loucheur zum Mitglied der Reparationskommission ernannt werden.

Es handelt sich darum, der französischen Schwerindustrie durch Loucheurs Person in den Reparationsverhandlungen einen direkten Einfluß zu sichern. Loucheur vertritt seit langem das Prinzip, daß das Hauptgewicht der Reparationspolitik auf die Sachlieferungen zu legen sei. Diese Politik liegt durchaus auf der Linie der Stinnes-Bestrebungen, nur daß die französische Schwerindustrie durch ihre Sanktionsdrohungen noch vorteilhaftere Abkommen abschließen will.

Der Kampf in Frankreich

In Le Havre und Marseille, diesen beiden wichtigen Hafenstädten hat sich die Mannschaft der Schiffe geweigert, länger als acht Stunden zu arbeiten. Die Abfahrt verschiedener Dampfer erlitt dieser Bewegung zufolge eine beträchtliche Verspätung.

Einer Brüsseler Meldung zufolge hat sich der belgische Eisenbahnerverband mit den französischen Eisenbahnern im Kampfe um den Achtstundentag solidarisch erklärt und beschlossen, die Bewegung der französischen Kollegen gegebenenfalls auch mit dem Streik zu unterstützen.

Eine Straßenbahnfahrt in Wien 1700 Kronen

Der Preis für eine Fahrt auf der Straßenbahn, der 1000 Kronen betrug, ist auf 1700 Kronen erhöht worden. Gleichzeitig erfolgt eine neuerliche Erhöhung der Eisenbahntarife in Oesterreich, die erst vor einigen Wochen auf das Vierfache erhöht wurden, um 200 Prozent.

Dollar 10 Uhr vormittags: 1425, schwächer

Zur Werbewoche der Partei

Die Kommunistische Partei beginnt am 24. September, dem Tag der Verschmelzung der beiden menschewistischen Parteien, eine Werbewoche. Diese Woche soll dazu dienen, nach Möglichkeit jeden Arbeiter, der bisher der SPD. oder USPD. angehört sowie jeden politisch unorganisierten Arbeiter vor die Frage zu stellen, welchen Weg er gehen will, den der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital oder den des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie. Die Werbewoche muß aber auch dazu dienen, an Schichten der Bevölkerung heranzukommen, die bisher dem Klassenkampf verständnislos gegenüberstanden, an die kleinen Beamten, Soldaten, Polizisten, die häufig nicht einmal ahnen, daß sie proletarische Existenzen sind und keine Ahnung davon haben, welche Rolle sie im Prozeß der Klassenkämpfe spielen.

Es sind also zwei Teile der Arbeit, die zu leisten ist. Der erste, die Agitation unter dem Industrieproletariat und Landproletariat, ist keine neue Aufgabe. Aber gerade heute ist diese Aufgabe wesentlich erleichtert. Die USPD.-Arbeiter laufen zur SPD. im Namen der „Einheitsfrage". Die wichtigste Aufgabe ist es also, im Betriebe von Mann zu Mann, in Gewerkschaftsversammlungen, in öffentlichen Versammlungen mit den Arbeitern der beiden sozialistischen Parteien sich ernsthaft darüber auseinander zu setzen, was Einheitsfront ist. Die Führer der Menschewisten benutzen das tiefe, ehrliche Gefühl der proletarischen Massen zur Einigkeit des Kampfes, der Abwehr gerade zur Sabotage des Kampfes. Das ist im einzelnen nachzuweisen. Das ist nachzuweisen an allen Vorkommnissen der letzten Monate (Eisenbahnerstreik, Aktion der drei Internationalen, Rathenaukampagne), und das ist nachzuweisen an der Praxis in jenen Ländern, in denen die Sozialdemokraten, wie sie sich auszudrücken belieben, „an der Macht" waren oder sind (Sachsen, Thüringen, Braunschweig). Hieran ist sofort zu knüpfen eine Agitation für wirkliche Einheitsfront, Einheitsfront der proletarischen Massen im Kampfe um bestimmte Ziele, wie heute z. B. gegen die Teuerung und um die Kontrolle der Preise und der Produktion. Gerade an diesen Beispielen kann glänzend gezeigt werden, was der Unterschied ist zwischen der sozialdemokratischen Phrase von der Einheitsfront, die lediglich auf Sentimentalität spekuliert, und zwischen dem, was der klassenbewußte Arbeiter darunter verstehen will. Hieraus aber kann man rückwärts sofort an der Geschichte der USPD. und SPD. nachweisen, daß sie Einheitsfront des Kampfes nicht wollen können. Hier ist aber auch klar und scharf der Unterschied zwischen der Kommunistischen Partei und den menschewistischen Parteien zu zeigen: die ganze klägliche Geschichte der USPD., die Rolle der SPD. (Sozialchauvinismus, Reformismus, Koalition usw.) und im Gegensatz dazu, ausgehend von den Problemen der Gegenwart, unsere kommunistischen Anschauungen sowohl über die engen Teilziele des Moments (Produktionskontrolle) wie auch unsere grundsätzliche Stellung zur Revolution (Demokratie, Diktatur) zu entwickeln. Im Anschluß daran ist die Aufforderung zum Eintritt in die KPD. an alle ehrlichen klassenbewußten Arbeiter zu richten und zu betonen, daß Einheitsfront nichts zu tun hat mit Einheitspartei (Erfahrungen mit der 2. Internationale, mit der SPD. vor dem Kriege), und daß, bei aller Verschiedenheit der Kommunisten, Kämpfe mit allen Arbeitern um gemeinsame Ziele zu führen, die KPD. ideologisch, taktisch und praktisch wesentlich unterschieden ist von den menschewistischen Parteien und ihre Führerrolle in der Revolution gerade aus diesem Unterschied herleitet.

Dieses summarische, schematische Angabe des Ganges einer praktischen Agitation wird natürlich im täglichen Leben tausendfältig variiert werden. Hier wird man sich an solche Schichten der Arbeiter wenden, die etwa für Probleme des „Staates" Verständnis haben, dort an solche, die nur für Lohnfragen Interesse haben. Die mündliche Agitation wird eine andere sein, als die der Presse, die Agitation im Betrieb anders als die in der Volksversammlung. Aber überall, im Tageskampf wie in der Gewerkschaftsarbeit, auf dem Markt wie im Parlament muß die Partei gerade während der Werbewoche beweisen, daß sie auf jede Frage die Antwort geben kann: das muß für den Nichtkommunisten ihr Unterschied sein gegenüber den menschewistischen Parteien.

Anders, schwieriger wird die Arbeit sein bei jenen Schichten, die nicht dem Industrieproletariat angehören. Den Kleinbauern wird man kaum mit den Fragen der SPD. und USPD. kommen dürfen, sondern ihnen aus ihren Nöten heraus die politischen Fragen der Gegenwart klarmachen können. Die Hausfrauen, proletarische, wie nichtproletarische (kleinbürgerliche) wird man nicht mit „hochpolitischen" Gesprächen langweilen, sondern ihnen aus ihren Einkaufs- und Marktschwierigkeiten, aus dem Zustand ihrer Kinder, Kleider und Wohnungen zeigen, was die Kommunistische Partei will, und wie sie durchsetzen kann, was sie will, wenn nur auch sie wollen. Auch hier ist die Aufforderung, in die Partei einzutreten, unbedenklich: wenn wir diese Kreise in die Partei hineinziehen, nicht auf Grund utopistischer Versprechungen, sondern unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes, so kann das nur ein Gewinn für die Partei sein.

Noch anders wird die Bearbeitung all jener kleinen Beamten, Rentner, Soldaten, Polizisten usw. sein, die sich meist für „Bourgeois" halten. Ihnen muß zunächst klargemacht werden, daß die KPD. gegen sie „nichts hat", daß sie ihren Kampf führt gegen die Ursachen auch ihres Elends (z. B. Gewerbe- und Umsatzsteuer, elende Renten; traurige Löhne, systematische Verdummung und nationalistische Verhetzung besonders bei Polizei und Reichswehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0001

usw.). Die Partei muß versuchen, diesen Leuten die Einstellung zu nehmen, als ob die Kommunisten bösartige Feinde dieser traurigen Existenzen sein. An dem Beispiel der Schlemmerei, des Wuchers, der ungeheuren Monopolprofite, der Schiebungen der Großkapitalisten und ihrer Parasiten ist diesen Schichten zu zeigen, gegen wen eigentlich die Kommunisten kämpfen. Die traurige Finanzpolitik, auch die traurige, impotente Außenpolitik des Reiches können sehr wohl zur Anknüpfung dienen; es gilt, diese Schichten im Klassenkampf von der Bourgeoisie loszulösen, und auch das kann die Partei, ihre Presse, jedes einzelne Mitglied leisten.

Alles in allem stellt die Werbewoche die Partei vor Aufgaben, die nicht darin allein bestehen dürfen, daß Werbeplakate angeklebt und Zeitungen abgesetzt werden. Die Hauptarbeit muß lebendige Werbearbeit sein. Dazu ist zunächst die eigene Organisation zu mobilisieren.

Kemals Ultimatum?

Dem „Daily Telegraph" zufolge hat Kemal den Alliierten ein Ultimatum gestellt, Konstantinopel innerhalb sechs Tagen zu räumen. Die türkische Armee befinde sich im ausgezeichneten Zustande und marschiere sowohl gegen die Dardanellen als auch gegen den Bosporus. Kemal bestehe auch auf der sofortigen Räumung Thraziens und werde in diesem Sinne sowohl an Griechenland als auch an die Alliierten eine Note richten.

WTB. **London**, 19. September.

Auf der heutigen Zusammenkunft der britischen Minister, der auch die Führer der Land-, See- und Luftstreitkräfte beiwohnten, wurde erneut erörtert, welche Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen werden müssen. Die Minister haben ihren Beschluß bestätigt, in keinem Fall den kemalistischen Truppen zu gestatten, nach Europa hinüberzugehen, bis die Friedensbedingungen festgesetzt sind. Die englische Regierung sei sich darüber klar, daß dies nur durch eine Flottenaktion verhindert werden kann. Von der Anwesenheit beträchtlicher französischer Truppen in Tschanak sei nichts bekannt.

Wie Reuter von zuständiger Stelle erfährt, ist Kemal Pascha mitgeteilt worden, daß, wenn er die neutrale Zone nicht verletze, es nicht zum Kampfe kommen werde; verletze er sie aber, dann werde man entweder zurückweichen oder Widerstand leisten und sich schlagen müssen. Obgleich kein endgültiges Anzeichen über seine künftige Haltung vorliege, sei jetzt bekanntgeworden, daß er kurz nach seiner Ankunft in Smyrna der britischen Regierung mitgeteilt hat, daß er sich nicht als im Kriegszustand mit England befindlich ansehe. Rechtlich betrachtet befinden sich die Alliierten im Kriegszustand mit der offiziellen Türkei, aber eine Regelung der Beziehungen der Alliierten zu Mustafa Kemal sei niemals erfolgt.

Meuternde griechische Truppen

Paris, 19. September.

Nach einer Meldung des „Intransigeant" aus Belgrad haben griechische Truppen in Thrazien gemeutert und sich der Eisenbahnlinien bemächtigt, um in die Heimat zurückzufahren.

Wieder zwei Mordbuben freigelassen

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 20. September.

Der Staatsgerichtshof „zum Schutze der Republik" ist endlich in Tätigkeit getreten. Nachdem der Vorsitzende die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß der Staatsgerichtshof „dem deutschen Volke und Vaterlande zum Segen gereichen möge", wurden die Mitglieder, darunter die Unabhängigen Aufhäuser und Jäckel (als Beisitzer) vereidigt. Die erste politische Tat aber des endlich feierlich ins Leben getretenen Staatsgerichtshofes besteht in der Haftentlassung der beiden der Begünstigung des Mordes angeklagten Autogaragenbesitzer Schütt und Diestel gegen Stellung von Kautionen in der Höhe von 1 Million bzw. 1,3 Millionen Mark.

Diese Tat setzt den bisher schon vorgenommenen Haftentlassungen im Mordprozeß Rathenau die Krone auf. Handelt es sich doch um zwei der am unmittelbarsten an der Mordtat beteiligten Angeklagten. Statt die beiden Herren loszulassen, damit sie nach Belieben über die Grenze spazieren oder im geheimen die reaktionären Machenschaften fortsetzen können, hätte der Staatsgerichtshof vielmehr die Pflicht gehabt, sich danach umzusehen, woher die zwei Millionen stammen, die für die Freilassung solcher hoher Mörder bereitwillig zur Verfügung gestellt werden.

Der deutsche Arbeiter als Kuli

Zahlen beweisen!

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene „Wirtschaft und Statistik", 2. Augustheft 1922, bringt folgende Zahlen über die Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel (1913 gleich 100):

	Juli 1922
Deutschland (Statistisches Reichsamt)	10 059
(„Frankfurter Zeitung")	13 935
Amerika	131
England	163
Frankreich	325
Schweiz	163

Wir sehen, daß in **Deutschland** die Teuerung eine wahnsinnige Höhe erreicht, währenddem sie im Auslande in den seltensten Fällen bis zur dreifachen Höhe gegen die Vorkriegszeit gelangt.

Nach derselben statistischen Angabe betrugen in Hamburg die tarifmäßigen Löhne für **Bauarbeiter** (Mauer und Zimmerer) im August **2350 Mark** pro Woche, für **Bauhilfsarbeiter 2249 Mark** pro Woche.

In England erhielten die Bauhandwerker am 1. Juni 1922 **70 Schilling 10,51 Pence**, ein Bauhilfsarbeiter **52 Schilling 6,52 Pence.**

Wenn wir das Pfund nach dem letzten Kurse zu 7000 Mark rechnen, erhält ein **englischer Bauhandwerker zirka 25 000 Mark Wochenlohn.**

Damit wird wiederum bewiesen, daß der deutsche Arbeiter der Kuli des Weltkapitals geworden ist.

Hunger und keine Arbeit

Das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz meldet Betriebseinschränkungen in der Textilindustrie, der Neußer und Emmericher Margarine-Industrie, der Genußmittel- und Tabak-Industrie. Die Einschränkung der Textil-Industrie wirkt sich schon in der Bekleidungs-Industrie aus. Die hohen Oelpreise wirken auf das Malergewerbe und auch auf das graphische Gewerbe.

Der Eisen- und Stahlwarenbund meldet aus fast allen Bezirken Rückgang der Konjunktur.

Die Meldungen über Betriebseinschränkungen und Stillegungen häufen sich, wie auch aus dem Bericht des Landesarbeitsamts für Sachsen-Anhalt hervorgeht. Zu der Unmöglichkeit, sich mit dem gesunkenen Reallohn zu ernähren, zu dem Mangel an Lohngeld tritt die Arbeitslosigkeit. Die SPD.- und Gewerkschaftsführer bitten bei der Regierung und drohen, die aktiven Betriebsräte zu Tausenden aus den Verbänden auszuschließen. Es gibt nur ein Mittel gegen Not und Elend und die Sabotage der proletarischen Kampffront: Der feste Zusammenschluß der Arbeiter von unten auf in den Betrieben zur Einheitsfront des Kampfes.

Hungerwahnsinn und Totschlag

Die bürgerliche Presse meldet:

Alvensleben (Kr. Neuhaldensleben), 18. September. Wie wir bereits meldeten, hat die Frau eines hiesigen Steinhauers im Hungerwahnsinn ihren 10jährigen Sohn mit einem Beil erschlagen. Die Mutter ist nicht, wie angenommen wurde, ins Wasser gegangen, sondern hielt sich anfangs im Walde auf und versteckte sich dann beim Einbruch der Dunkelheit in ihrem Grundstück. Am Abend des nächsten Tages wurde sie von ihrem Schwiegersohn entdeckt. Die Mörderin ist, nachdem sie dem Wachtmeister alle Einzelheiten der grausigen Tat gestanden hatte, nach Magdeburg überführt worden.

Wie Proletarier ihre Knochen zu Markte tragen

Ein furchtbares Explosionsunglück, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, trug sich im Gelände der chemischen Holzverwertungsfabrik von Schulze in Müllrose zu. Dort waren eine Arbeiterin und zwei Arbeiter unter Leitung des Sprengingenieurs Koch aus Schöneiche bei Friedrichshagen damit beschäftigt, Sprengkörper zu vernichten. Als der Ingenieur sich kurze Zeit entfernt hatte, erfolgte eine starke Detonation, die die Fensterscheiben der etwa zwei Kilometer weit entfernten Stadt erzittern machte. Dem Arbeiter Schulze, Vater von zwei Kindern, wurde der Kopf buchstäblich abgerissen und der übrige Körper furchtbar verstümmelt. Dem Arbeiter Pethke wurde die Schädeldecke abgedeckt und der ganze Körper zerrissen. Die Arbeiterin Ella Koalick starb an den erlittenen Verletzungen nach einigen Stunden. Durch den Druck der Explosion wurden die Körper etwa 25 Meter weit fortgeschleudert.

Wie naiv

Der Reichsverband deutscher Obst- und Gemüsehändler hielt am Sonntag in Berlin eine Versammlung ab. Man nahm eine Resolution an, in der u. a. gefordert wird: „Scharfe Beaufsichtigung der Preispolitik der Syndikate und Kartelle, Heranziehung der Devisengewinne in der Industrie zur Durchführung der Erfüllungspolitik und zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage der breiten Masse der Bevölkerung . . ."

Ist dem Reichsverband wirklich nicht bekannt, daß die Preispolitik der Syndikate und Kartelle von der Regierung und von den sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften unterstützt wird? Weder die Regierung, noch die Arbeitsgemeinschafter können ernsthaft eine Beaufsichtigung ihrer eigenen Politik von anderen Organen verlangen oder auch nur zulassen. Darum wendet man sich ja mit allen Mitteln demagogischer Hetze und mit der Vorbereitung gewalttätigen Eingreifens gegen die Bildung proletarischer Kontrollausschüsse und gegen den aus dem Proletariat gebieterisch geforderten Reichsbetriebsrätekongreß.

Die Tat der Gewerkschaften

Sabotage des Betriebsrätekongresses

Der **Vorstand des Textilarbeiterverbandes** veröffentlicht **in der neuesten Nummer des „Textilarbeiter", datiert vom 22. September, einen Aufruf „An die Mitglieder, Betriebsratsmitglieder und Ortsverwaltungen"**, in dem es heißt: **„Wer sich an der Vorbereitung des kommunistischen** (!) Betriebsrätekongresses **beteiligt, wer an dem kommunistischen (!) Betriebsrätekongreß teilnimmt, hat Ausschluß aus dem Verbande zu gewärtigen, denn eine große Hungersnot wäre die Folge der Maßregeln, die dieser Betriebsrätekongreß erzwingen will."**

Der Aufruf des Textilarbeitervorstandes beleuchtet blitzartig die Lage. Er drückt aus, daß die Gewerkschaftsführer entschlossen sind, ihre Drohungen wahrzumachen: jede Aktion des Proletariats zu verhindern.

Eine Gefahr für die Bourgeoisie

Ein führendes Kapitalistenblatt, die „Berliner Börsenzeitung", beschäftigt sich mit der Reichsausschußsitzung der Betriebsräte in einer Weise, die ihr volles Verständnis für die aus dieser Aktion der Bourgeoisie erwachsenden Gefahrne erkennen läßt. Da heißt es:

„Man darf sich jedoch nicht verhehlen, daß die von Tag zu Tag steigende Not der breiten Massen den Boden für die Propaganda, die diesem Kongreß vorausgehen wird, wohl vorbereitet, und daß der Kongreß von seinen Veranstaltern zu einem politischen Ereignis aufgezäumt werden wird. Die vielen Orts- und Landeswahlen, die in den letzten Wochen an den verschiedensten Stellen des Reiches stattgefunden haben, schlossen fast durchweg mit dem Ergebnis, daß die Kommunistische Partei eine sehr starke Zunahme zu verzeichnen hatte. Der Reichsbetriebsrätekongreß wird also eine starke Resonanz haben."

Das Blatt ermahnt die Bourgeoisie, der Betriebsrätebewegung hinreichende Beachtung zu schenken und warnt die Entente vor dem Bolschewismus, falls die Reparationsfrage nicht rasch und so erledigt werden kann, daß die Not der arbeitenden Massen gelindert werden kann.

Der SPD.-Parteitag

(Eigener Bericht.)

Augsburg, 19. September.

Der Parteitag schlich sich auch am Dienstag hin in dem Bewußtsein, daß die Reden nur überflüssiges Beiwerk sind, um zum Nürnberger Ziel zu gelangen. Jede Kritik, soweit sie sich zum Beispiel durch Frankfurter, Breslauer oder Thüringer Delegierte hervorwagt, wird vom Präsidium gezügelt oder durch Unruhe der Funktionäre unterdrückt. Das zeigte sich auch wieder in der Dienstags-Sitzung, die die Delegierten nur selten aus ihrer Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit aufrüttelte. Allmählich wird auf diesem Parteitag der Gedanke jedes Klassenkampfgeistes zum Schlagwort erklärt.

Severing: Demokratisierung der Verwaltung sei nicht viel mehr als ein Schlagwort. Selbstverwaltung und Kommunalisierung auf Kosten einer starken Zentralverwaltung sei weder der Gesamtrepublik noch den Provinzen dienlich. Aehnliches gelte auch für die Schutzpolizei, die, vielfach unzuverlässig, noch nicht reif sei für ein festes Beamtenverhältnis. Mit der Schupo komme überhaupt noch alles in Fluß.

Eduard Bernstein weist auf die in allen Revolutionen erhebliche Bedeutung der Frage der Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise usw. hin und stimmt im ganzen den Ansichten des Ministers Severing zu. Er warnt davor, aus Stinnes und seinen kapitalistischen Machteinflüssen einen Kinderschrecken zu machen. Stinnes ist ein gewiegter Geschäftsmann, aber in der Politik durchaus kein Uebermensch. Sogar bei der Deutschen Volkspartei ist er mehr Objekt als Subjekt. Die Frage der Steigerung der Produktion ist eine brennende Frage der Gegenwart, auch für die Arbeiterschaft. Es gilt, sich von Schlagworten frei zu machen. Man muß von Marx nicht nur den ersten Band des Kapitals, sondern auch die Einschränkungen und Darlegungen des dritten Bandes in Betracht ziehen. Die Gesellschaft hat sich anders entwickelt und gegliedert als mancher es erwartete. Die Sozialisierung sei kein bloßes Schlagwort, aber wenn es auch nur langsam mit ihr geht und Rückschläge erfolgen, so sei das kein Grund zum Pessimismus. Die Kommunisten haben einen großen Teil der Arbeiterjugend hinter sich, wie Redner in allen Versammlungen bemerke. Gerade diese jungen Leute hätten selbstlose Ideale in sich. Die Sozialdemokratische Partei müsse als die eigentliche Partei der deutschen Republik aus der heutigen Schlaffheit heraus und durch mehr Begeisterung die Bewegung vorwärts bringen.

Nach diesem Redner wird Schluß der Debatte beschlossen. In persönlicher Bemerkung betont Sollmann auf alle Angriffe nochmals die Notwendigkeit des nationalen Wollens der deutschen Arbeiterklasse.

In seinem Schlußwort geht der Berichterstatter Barthel nochmals auf die organisatorischen Anträge ein. Braun kritisiert dann die Frankfurter Opposition in schulmeisterlicher Weise. Bei der Behauptung, **niemand habe mehr für die Sozialisierung getan als der sozialdemokratische Parteivorstand,** erntete er selbst auf diesem Parteitag stürmische Heiterkeit. Es folgt dann die Abstimmung über die Anträge zum Parteibericht nach den Wünschen des Vorstandes. Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Bei Beginn der Nachmittagssitzung gibt Vogel den Bericht der Reichstagsfraktion. Mit den Kommunisten lasse sich parlamentarisch nicht zusammen arbeiten. Referent gibt, während der Saal sich leert, einen weitschweifigen Ueberblick über die internationale Lage. Die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion bei Beratung der Steuern war bedingt durch den außerparlamentarischen Druck. Freude hat uns das Steuerkompromiß nicht gemacht. Unter normalen Verhältnissen (!) hätten wir es nach Ablehnung der Forderung auf Erfassung der Sachwerte zur Reichstagsauflösung kommen lassen müssen. Aber mehr als das Steuerkompromiß konnten wir nicht erreichen. Mit Besitzsteuern ist der Bedarf des Reiches nicht zu decken. Gegen die Papiergeldwirtschaft gebe es nur zwei Mittel: Auslandsanleihe oder innere Goldanleihe. Alles ist abhängig vom Eingreifen Amerikas. Eine Monopolisierung der Devisen sei unmöglich. Redner schließt: Zurück zur Zwangswirtschaft, vorwärts zur wirklichen Gemeinwirtschaft!

Nach kurzer unerheblicher Debatte zu diesem Bericht wird die Nachmittagssitzung vorzeitig geschlossen, weil abends ein Kommers der Delegierten stattfindet. Am Mittwochvormittag geht die Diskussion weiter. Vor der Einigungsdebatte, die am Donnerstag stattfinden wird, soll morgen noch das Referat über die wirtschaftlichen Kämpfe der Frauen und vielleicht auch das Referat Sänger über die Justizreform gehalten werden.

Stinnes läßt loben

In seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" läßt Herr Stinnes den sozialdemokratischen Parteitag in Nürnberg als ein Parlament „des beim Räsonnement alt gewordenen Kleinbürgers, der neue Agitationsstoffe verarbeitet" charakterisieren. Allerdings, es seien auch einige Männer mit Witterung da. Ganz waschechte Nationalisten. Aber sie seien so klug, sich erst ganz vorsichtig vorzuwagen, wie z. B. der Abgeordnete Sollmann. Weil er nicht offen zu sagen wage, der Klassenkampf sei eine historische Kategorie, der Nationalismus für die Sozialdemokraten das Kommende, darum umschreibe er das mit dem Bemerken, er halte es für notwendig und nützlich, daß sich in Deutschland eine starke nationale Bewegung erhöbe. — Und Sollmann fand guten Beifall mit seinem nationalistischen Fühler.

Eröffnung des Wahlkampfes in Sachsen

(Eigener Bericht.)

Leipzig, 20. September.

Mit großer Wucht hat der Wahlkampf in Sachsen eingesetzt. Am vergangenen Montag erschienen die Blätter der vereinigten SPD. Sachsens als erste auf dem Plan mit einem Wahlaufruf, der sich des Zweifronten-Systems befleißigt und gleichzeitig gegen die Kommunisten und gegen die Bürgerlichen loszieht. Uns wird vorgeworfen, wir hätten der begonnenen Demokratisierung Sachsens ein Ende bereitet und das festeste Bollwerk der deutschen Republik gestürzt. SPD. und USPD., so heißt es weiter, haben beschlossen, gemeinsame Kandidatenlisten aufzustellen. „Bereitet den bürgerlichen Parteien und ihren kommunistischen Helfershelfern eine entscheidende Niederlage." Die vereinigten Menschewisten Sachsens werden mit solchen verlogenen Aufrufen ihr Schicksal nicht aufhalten können. Sowohl in Thüringen wie auch in Braunschweig zeigen die Ergebnisse der dort stattgefundenen Wahlen, daß sich die Arbeiterschaft mehr den Kommunisten zuwendet. Auch in Sachsen wird es nicht anders sein., So berichten unsere Genossen einen vielversprechenden Beginn des Wahlkampfes. In Geringswalde, einer Hochburg der SPD. im Chemnitzer Bezirk, wurde der Rechtssozialist Zeidler einfach ausgelacht. In allen anderen Orten des Industriebezirks hat unsere Propaganda voll eingesetzt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Der russisch-japanische Vertrag

Auf der Konferenz von Tschangtschun ist zwischen der Regierung des Fernen Ostens und Japan ein Vertrag abgeschlossen worden, der die friedlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten festlegt. Die Räumung Ostsibiriens durch japanische Truppen geht weiter vor sich.

Das Abkommen zwischen der Fernöstlichen Republik und Japan bedeutet einen neuen Sieg Sowjet-Rußlands. Der japanische Imperialismus, der versucht hat, sich in den fernöstlichen Gebieten breitzumachen, mußte seine imperialistischen Pläne aufgeben und auf friedliche Verhandlungen eingehen. Die Republik des Fernen Ostens ist zwar keine Sowjetrepublik, aber ein Staat, in dem die Arbeiterschaft, vor allem die Kommunistische Partei, die ausschlaggebende Rolle spielt.

Parteischädigendes Verhalten bei der USPD. Auf dem badischen Bezirksparteitag der USPD., der am Sonntag stattfand, wurde die Landtagsabgeordnete Frida Unger wegen parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Das parteischädigende Verhalten bestand darin, daß sie erklärt hatte, sie mache die Vereinigung mit der SPD. nicht mit und werde sich der Kommunistischen Fraktion anschließen.

Stinnes-Lubersac-ADGB. Eine Anzahl Gewerkschaftsvertreter hatten gestern mit dem Reichskanzler eine Besprechung über das Stinnes-Lubersac-Abkommen. Es wurde vereinbart, daß im Wiederaufbauministerium eine eingehende Aussprache über die Angelegenheit erfolgen soll.

Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen. Im Reichsfinanzministerium fanden gestern vormittag Vorbesprechungen mit Führern der Spitzenorganisationen statt, um die für heute festgesetzte Besprechung über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter vorzubereiten.

Das Absterben der Presse. Sieben Eichsfelder Zeitungen schränken ihr Erscheinen ein. Die Herausgeber der Zeitungen für das Eichsfeld in Duderstadt, die „Oekonomische Volkszeitung" in Duderstadt, der „Eichsfelder Anzeiger" in Worbis, das „Worbiser Tageblatt" und die „Eichsfelder Volkszeitung" in Dingelstädt, die „Eichsfeldia" in Heiligenstadt und das „Eichsfelder Tageblatt" in Heiligenstadt haben einstimmig beschlossen, vom 1. Oktober an statt bisher sechsmal wöchentlich, nur noch dreimal wöchentlich zu erscheinen.

Der im Verlag von August Scherl erscheinende „Rote Tag" wird demnächst sein Erscheinen einstellen. Auch das seit 50 Jahren in Triberg erscheinende „Echo vom Wald" und die „Zeller Kreiszeitung" gehen am 1. Oktober ein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0002

Tschitscherin über die Außenpolitik Sowjet-Rußlands

Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß der „Temps" es für nötig hält, einen Sonderberichterstatter nach Sowjet-Rußland zu schicken. Dieses Hauptorgan des französischen Kapitalismus machte jahrelang in schmutzigster Bolschewistenhetze und stellte den Fall der Sowjetregierung als unvermeidlich hin. Nun hat sich aber die Auffassung der französischen Banken und Industriellen gründlich gewandelt. Herr Herriot reist nach Rußland, um dort im Namen Frankreichs mit der Sowjetregierung über die Aufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu verhandeln, und da konnte auch der „Temps" nicht zurückbleiben. Ein Spezialkorrespondent des Blattes, Herr Henry Rollin, ist unterwegs nach Rußland und er schickt von Riga aus einen Bericht über eine Unterredung, die er in Berlin mit Genossen Tschitscherin hatte. Tschitscherin führte über die Außenpolitik Sowjet-Rußlands folgendes aus:

„Eine Frage von entscheidender Wichtigkeit ist die der Wiederherstellung des Friedens im Fernen Osten. China ist auf dem Wege, sich zu konsolidieren, und ein China, das sich wieder aufgerichtet hat und das in jeder Beziehung unabhängig ist, wäre ein natürlicher Verbündeter Rußlands. Sodann beginnt das japanische Volk einzusehen, daß seine wirklichen Interessen die Wiederaufnahme der freundschaftlichen Beziehungen mit Rußland und der Republik des Fernen Ostens fordern. Das japanische Volk muß einsehen, daß das russische Volk, verkörpert in der russischen Republik und in der Republik des Fernen Ostens, niemals eine Verstümmelung seines Gebietes hinnehmen wird, und daß die russischen Republiken jeden Monat stärker werden. Das beste Mittel für das japanische Volk, um seine Interessen zu sichern, ist daher der Abschluß eines Abkommens mit uns. Das russische Volk wünscht aufrichtig, wieder in gute Beziehungen mit Japan zu kommen und die besonderen Interessen Japans im Fernen Osten zu berücksichtigen. Aber das russische Volk kann warten, und es ist durch eine Ultimatumpolitik nicht einzuschüchtern."

„In Zentralasien bessert sich die politische Lage für Rußland und seine Verbündeten von Tag zu Tag. Der Landtag der Republik Chiwa, der augenblicklich tagt, hat eine entschiedene Resolution angenommen über die Notwendigkeit einer engen Verbindung zwischen den Republiken Buchara und Chiwa mit Rußland und hat die Politik Enver Paschas scharf verurteilt. Die Anhänger Envers stellen in diesem Landtag nur eine verschwindende Minderheit dar. Das Abenteuer Enver Paschas, das jetzt erledigt ist, hat nur bei einigen Intellektuellen Sympathien gefunden, die nach Westeuropa ausgewandert sind. Auch in der Türkei wurde Envers Abenteuer verurteilt. In Buchara selbst halten sich die Rebellen nur noch in unzugänglichen Berggebenden. Wir haben übrigens die Verbindung mit den russischen Militärposten der Famir-Hochebene wieder aufgenommen, die seit der Zarenzeit isoliert waren."

„Unsere Freundschaft mit Afghanistan wird immer enger. Dies zeigt sich schon in der Ernennung von Mohamed Vali Khan zum Minister des Auswärtigen. Er ist einer der Staatsmänner, die am besten einsehen, daß die Verbindung mit Rußland das beste Mittel ist, um die Verhältnisse Afghanistans zu sichern. Wir bewundern die Reformarbeit, die sich in diesem Lande vollzieht: Abschaffung der Sklaverei, Schaffung eines Parlaments, wenn auch erst in primitiver Form, Schaffung eines Gerichtssystems, Anlage von Straßen, telegraphischen Verbindungen usw."

„Auch Persien konsolidiert seine internationale Situation und seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit trotz der finanziellen Schwierigkeiten, mit denen es zu tun hat."

„In der Türkei sind gewisse kleine Zwischenfälle mit Rußland völlig erledigt, die durch Elemente provoziert waren, die der Politik der Regierung von Angora feindlich sind. Die Ankunft eines neuen türkischen Gesandten in Moskau, Riza Nur, zeigt die neue Befestigung der Freundschaft der beiden Länder. Wir erachten es als unerläßlich im Interesse des allgemeinen Friedens und der normalen Entwicklung des Orients, daß das Programm über Konstantinopel und die Meerengen ausgeführt wird, das in dem russisch-türkischen Vertrag vom 16. März 1921 niedergelegt ist. Nach diesem Vertrag muß Konstantinopel türkisch bleiben und die Verhältnisse der Meerengen müssen durch eine internationale Kommission geregelt werden, die sich aus den Uferstaaten des Schwarzen Meeres zusammensetzt. Wenn die Westmächte uns eine andere Lösung vorschlagen, können wir sie ohne Zustimmung der Türkei nicht erörtern. Aber wir erachten die Zuweisung Konstantinopels an die Türkei als unerläßlich."

„An unserer Westgrenze begrüßen wir es mit besonderer Freude, daß der Einfluß der friedfertigen Elemente in Polen sich stärkt. Die letzte Krise, die Polen durchgemacht hat, zeigte, daß dort überall der Wunsch nach einer friedfertigen Politik vorherrscht, im selben Maße, wie sich der Einfluß der Bauernmassen verstärkt, die keine Störung des Friedens wollen. Aber auch die polnischen Industrielle erkennen die Wichtigkeit des russischen Marktes und der wirtschaftlichen Annäherung an Rußland, was natürlich auch zu freundschaftlichen politischen Beziehungen führt. In der verwirrten Periode, die Europa gegenwärtig durchmacht, ist es besonders wichtig, daß Polen ein Element des Friedens ist, und daß es sich bestrebt, mit Rußland und Ukraine die freundschaftlichen Beziehungen zu unterhalten, die diese Länder mit Polen anstreben."

„Im allgemeinen ist es die beherrschende Tatsache unserer Politik, daß die Zeit für uns arbeitet und daß das russische Volk, zusammen mit seiner gegenwärtigen Volksregierung, unaufhaltsam seine internationale politische und wirtschaftliche Situation befestigt."

Kapitalistische Markverwertung

Wie sich amerikanische Spekulanten vor dem Marksturz schadlos halten

DA. Neuyork, 19. September.

Amerikanischen Finanzzeitungen zufolge hat sich nach kanadischem Gesellschaftsrecht eine Gesellschaft gebildet, die den Zweck verfolgt, die in den Vereinigten Staaten vorhandenen Markbestände zur Kapitalanlage in Deutschland zu verwerten, oder wie es der Gesellschafts-Prospekt ausdrückt, um **„reale Werte hinter die in amerikanischem Besitz befindlichen Marksummen zu stellen"**. Die Gesellschaft wurde gegründet mit einem Kapital von 60 000 Anteilscheinen, jeder zum al Pari-Wert von 10 000 Mark. Ferner werden 8-prozentige verstärkte Vorzugsaktien von je 1 Dollar im Betrage von 60 000 Dollar ausgegeben. Präsident dieser Mark-Verwertungsgesellschaft ist Franklin D. Roosevelt, Vorsitzender des Exekutivkomitees William Schall, beides Neuyorker Bankiers. Ferner sitzen im Direktorium die Bankiers Almet Jena aus Neuyork und Andrew Heyden aus Ottawa. Mit Hilfe eines Beirats, der aus drei deutschen Bankiers besteht, plant die Gesellschaft, die aus dem Verkauf ihrer Anteile realisierten Markbeträge in Landbesitz, Hypotheken, Sicherheiten und Beteiligungen an industriellen und Handelsunternehmungen in Deutschland anzulegen. Die Anteile wurden in Neuyork bereits zu 10 000 Mark je Anteilschein angeboten.

*

Auf dem Wege der Marktflucht sind ungeheure Markbestände ins Ausland gegangen, die jetzt in aller Welt herumschwimmen. Die ausländischen Marktkäufer haben sich dabei verspekuliert. Die ursprünglichen Kaufpreise für die Mark sind gerade durch die Geldentwertung im Gefolge der Marktflucht heute zum großen Teil durch den Tagespreis weit unterboten. Damit aber dieser Verlust wettgemacht werde, gründet man jetzt „Verwertungsgesellschaften", die den ausländischen Markbesitzern Gelegenheit geben sollen, im einzigen Lande, wo um Mark noch etwas zu haben ist, nämlich in Deutschland, sich schadlos zu halten.

Ist der Zeitungspapierpreis ermäßigt worden?

Durch die Presse geht in diesen Tagen folgende Meldung: In den Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wurde der Zeitungsdruckpapierpreis auf 68,50 Mk. für das Kilogramm festgesetzt. Die Zeitungsdruckpapierindustrie hatte 84 Mk. verlangt und ist dann, nachdem die Zellstoffindustrie den Preis für den erforderlichen Zellstoff von 88,40 auf 67,50 Mk. pro Kilogramm ermäßigt hatte, auf 68,50 Mk. heruntergegangen.

Wer über den Kampf, den die Zeitungsverleger mit den Papierfabrikanten um den Papierpreis zu führen haben, nicht unterrichtet ist, wird durch vorstehende Meldung der Ansicht sein, daß die Verleger einen „Erfolg" buchen können. In Wirklichkeit aber haben die Herren Fabrikanten ihre ursprünglichen Forderungen gegenüber den Verlegern und dem Reichswirtschaftsministerium durchgedrückt.

Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Kreis Mitteldeutschland), der für den vergangenen Sonntag, den 17. September, eine außerordentliche Hauptversammlung nach Halle, Stadtschützenhaus, einberufen hatte, nahm in seiner reichhaltigen Tagesordnung Stellung zur gegenwärtigen Lage im Zeitungsgewerbe. Die Konferenz war von den Mitgliedern des Vereins zahlreich besucht. In dem einleitenden Referat wurde ganz besonders der „Erfolg" der Verleger über die Fabrikanten hervorgehoben, der zu weiteren Hoffnungen berechtige. Ueber die so brennende Papierfrage folgte so gut wie gar keine Diskussion; die Anwesenden schienen von dem „Erfolge" durchdrungen zu sein.

Unser Genosse Fritz Kroh, der einer privaten Einladung zu dieser Tagung Folge leistete, ergriff zu dieser Frage das Wort. Mit Bedauern müsse er feststellen, daß über die Papierpreisfrage nicht diskutiert wird. Er sei überzeugt, daß so mancher anwesende Verleger dieses auf dem Herzen habe und der Meinung des Hauptvorstandes über den zu verzeichnenden „Erfolg" nicht zustimmen könne. Mit keinem Wort seien die ursprünglichen Forderungen der Herren Fabrikanten beleuchtet worden. Genosse Kroh erinnerte die Verleger daran, daß die erste Forderung für ein Kilo Druckpapier für September von 28 auf 70 Mk. lautete. Nachdem der Sturm in der gesamten Presse über die unverschämte Forderung losbrach, wandten die Herren einen echt kapitalistischen Trick an, indem der Preis von 70 auf 84 Mk. angekündigt wurde.

Sinnes und Konforten sagten sich, daß die Forderung von 28 auf 70 Mk. durchgehen müsse. Um sich diese nun zu sichern, erfolgte die zweite Erhöhung, ehe die erste in Kraft trat. Das Resultat? Der Trick ist jener Gesellschaft gelungen, das Papierkilo kostet für September 69 Mk. Dieser Schachzug wurde auf der Verlegertagung vollkommen übersehen, für die Herren kamen nur die Zahlen 84 und 68,50 Mk. in Frage.

Das zukünftige Handeln der Fabrikanten ist völlig klar, wenn man bedenkt, daß die Zellstoff-Fabrikanten erklären, nur im September für diesen Preis liefern zu können. Die Lieferanten des Holzes dagegen haben überhaupt die Lieferung für den folgendsten Preis abgelehnt. Sie haben erklärt, daß mit Oktober eine ganz bedeutende Preissteigerung erfolgen müsse und daß sie ferner auf die bereits getätigten Zahlungsbedingungen beharren. Für September mußten sich die Holzfabrikanten dem Drucke fügen, für Oktober ist der Krieg angesagt. Genosse Kroh erklärte deshalb, daß mit einer 100prozentigen Erhöhung ab Oktober für ein Kilo Druckpapier bestimmt zu rechnen sei. Auch warnte er die Verleger vor der Illusion, daß nunmehr die Regierung sich ihrer annehmen würde.

Durch diese Ausführungen wurde die Debatte bewegt. Der Ehrenvorsitzende des Vereins, Herr Faber, konnte Kroh nicht zustimmen; er wies u. a. auf die schwere Lage des ganzen Reiches hin, die es den Regierungsmännern zu regieren teilweise unmöglich mache. Trotzdem habe er die Ueberzeugung durch seine Verhandlungen gewonnen, daß Fritze Ebert der Presse helfen werde. Herr Faber ersuchte die Vertreter der Arbeiterorgane, ihren Einfluß bei den „Regierungsgenossen" geltend zu machen. Er stellte an Kroh die Frage: „Was sollen wir tun?" Ein Zwischenruf folgte: „Eine kommunistische Regierung bilden!" Genosse Kroh gab zur Antwort, wenn er die Frage ausgiebig beantworten solle, er dabei das politische Gebiet betreten müsse. Da dies nicht gewünscht, so verweise er auf die Anträge der Kommunistischen Partei, die sie dem Reichstag zur Annahme zum „Notpressegesetz" unterbreitet habe. Bekanntlich seien aber diese Anträge, die vom „Zeitungs-Verlag", dem Organ der deutschen Zeitungsverleger, als gut bezeichnet werden, von Helfferich des Crispien abgelehnt worden. Wenn die Verleger einen Erfolg erstreben wollen, müssen sie Forderungen aufstellen, die die Regierung zum Eingriff auf allen Gebieten zwingt, die bei der Herstellung des Druckpapiers in Frage kommen. Der Unterstützung der Arbeiterpresse wären sie sicher. Die Vergangenheit aber beweist, daß man trotz aller Bearbeitung der „Regierungsgenossen" vollkommen ohnmächtig sei und daß die Regierung auch in Zukunft nichts als leere Worte und Versprechungen für die Verleger übrig haben wird.

Anschließend daran gaben verschiedene Verleger ihrem Unwillen über die bisherige Tatenlosigkeit der Regierung Ausdruck. An mehreren Beispielen wiesen sie den Wucher der Holzfabrikanten nach, die über ungeheure Holzvorräte verfügen. So ließen sich noch viele Beispiele anführen, die klar beweisen, daß die kapitalistische Gesellschaft trotz ungeheurer Reingewinne es an Anstrengungen nicht fehlen läßt, diese auch ferner sich zu sichern.

So wird der Oktober weitere enorme Preissteigerungen bringen, die Zahlungsbedingungen der Verleger an die Lieferanten verschlechtern sich weiter und die Regierung, ohnmächtig wie bisher, gebietet dieser Schraube ohne Ende keinen Einhalt. Rechnen wir die notgedrungenen Lohnerhöhungen in allen Erwerbszweigen hinzu, so ist es ein weiteres Aussterben der Presse unvermeidlich. **Deshalb müssen die Arbeiter dem „Klassenkampf" die Treue bewahren;** es besteht für diesen sonst höchste Gefahr!

*

Folgende Resolution wurde auf der Tagung einstimmig angenommen:

„Die aus schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis zu einer außerordentlichen Generalversammlung in Halle am 17. September 1922 erschienenen Zeitungsverleger Mitteldeutschlands richten an die Reichsregierung, und insbesondere an die Regierungen der Länder Thüringen und Anhalt das dringende Ersuchen, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß in kürzester Frist wirksame Maßnahmen zur Rettung des deutschen und mitteldeutschen Zeitungswesens vor dem völligen Untergang ergriffen werden. Mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt sieht auch der Verein D. Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland, die größte Gefahr in den ungeheuren Steigerungen der Holzpreise. Nur durch Bereitstellung billigen Papierholzes kann eine merkliche Senkung des Papierpreises, und damit eine Erleichterung für die Zeitungen erreicht werden. Er bittet deshalb die Regierungen, mit dafür einzutreten, daß ehestens ein Weg gefunden wird, die Länder zur verbilligten Abgabe eines genügenden Quantums Holz für die Zeitungspapierherstellung zu veranlassen. Die Zeitungsverleger Mitteldeutschlands sind bemüht, auch unter schweren Opfern die mitteldeutsche Presse über die augenblickliche Notzeit hinaus am Leben zu erhalten. Sie erwarten Unterstützung und Verständnis von Regierung und Oeffentlichkeit, weil Leben und Sterben der Presse öffentliche Angelegenheiten sind. Weil die Presse für die Interessen aller Stände und Berufe, insbesondere einbellig gegen Wucher und Spekulation, eintritt, stellt sie rechtens das Verlangen, daß auch ihrer Not rechtzeitig und ungesäumt Rechnung getragen wird."

Die Organisierung solcher Verwertungsgesellschaften muß dazu führen, weitere Teile der deutschen Wirtschaft durch Ueberfremdung in ausländischen Besitz zu überführen und den Ausverkauf noch zu verschärfen. Vorläufig ist die erste Kapitalanlage 600 Millionen Mark und 60 000 Dollar (das heißt nebenbei, daß man den Wert der Mark auf etwa 10 000 für einen Dollar für absehbare Zukunft einschätzt, also mit einer weiteren Markentwertung rechnet!), das ist höchstens erst der hundertste Teil der im Ausland vorhandenen Markbestände, man darf also mit einer baldigen Vermehrung und Ausdehnung solcher „Verwertungsgesellschaften" rechnen, für das deutsche Proletariat eine neue große Gefahr. Kapitalisten, die an der Mark verloren haben, halten sich schadlos, sie „verwerten" sie schlimmstenfalls. Die Arbeiterschaft und die proletarisierten Mittelschichten werden mit ihren Marklöhnen und Gehältern das Nachsehen haben, wenn sie dem Treiben kein Ende machen.

Aus der Partei

Achtung, Schwindlerin!

Wir warnen alle Genossen vor einer Schwindlerin, die sich Emmy Steinbrück-Dietrich nennt. Sie war zuletzt in Halle und Umgegend tätig. Sie gibt an, politisch flüchtig zu sein und im Dienste der Partei zu stehen. Das trifft nicht zu. Sie steht vielmehr im Dienste der Gegenrevolution.

Personalbeschreibung: Ungefähr 25 bis 28 Jahre alt, rundes Gesicht, dunkelblondes Haar, lahmer Gang, da rechtes Bein etwas kürzer ist als das linke.

Die Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Gewerkschaftsbewegung

Drunter und Drüber bei Paeplows

(O. B.) Bekanntlich erklärte Paeplow bei Zerschlagung des Chemnitzer Vereins des DBV.: „Und wenn alles drunter und drüber geht, der Verein Chemnitz muß zerschlagen werden." Und Paeplow hat seine „Ochse-im-Porzellanladen-Politik" fortgesetzt, konsequent fortgesetzt. Neuerdings empfiehlt er auch den anderen Zentralvorständen seine Gewaltpolitik; sagte er doch auf einer Konferenz des ADGB. am 4. September,

es müsse die Frage aufgeworfen werden, ob die größeren Verbände mächtig genug seien, jetzt Hunderte, später vielleicht Tausende von Kommunisten auszuschließen. Er gehe, unabhängig davon, ob die anderen Verbände seine Politik mitmachen, seinen Weg weiter. Er rechne damit, daß in wenigen Wochen ein kommunistischer Bauarbeiterverband da sei, der wahrscheinlich ganze Ortsgruppen vom Verbande abreise. Paeplow empfiehlt, seine Methode rücksichtslos in allen Verbänden anzuwenden.

Paeplow arbeitet also ganz systematisch auf die Spaltung des DBV. hin und das angesichts der miserablen pekuniären Lage, in der sich jetzt die Arbeiterschaft befindet. Statt die Kampforganisationen zu stärken, schwächt er sie durch den Ausschluß der aktivsten Elemente. Aber Paeplow braucht Ablenkungsmanöver, weiß er doch so gut wie wir, daß von den rund 600 000 Mitgliedern des DBV. 400 000 mit dem Abschluß des Reichstarifes unzufrieden sind.

Auch die getätigten Lohnabschlüsse können die Mitglieder keinesfalls mit einer schlechten Reichstarifpolitik aussöhnen. Die von den Verbandsbeamten „herausgeholten" Löhne decken kaum die notwendigsten Bedürfnisse der Bauarbeiter, und tragen deshalb zur Unzufriedenheit der Bauarbeiter bei.

Alle Regungen der Bauarbeiter, kämpfen zu wollen, werden von der Bureaukratie rücksichtslos unterdrückt unter Hinweis auf das Statut. Trotzdem schaffen sich die Bauarbeiter in einzelnen Orten Ellbogenfreiheit und nehmen „Tuchfühlung" mit den ausgeschlossenen Bauarbeitern in Chemnitz. Das „Tuchfühlung"-Nehmen geht bereits so weit, daß sich größere Gruppen mit den Ausgeschlossenen in eine Einheitsfront stellen. Die charakterisitischsten Fälle sind Aue und Annaberg, beides zwei Orte im sächsischen Erzgebirge.

In Aue beschließen die Bauarbeiter den Streik, weil das durch die Bezirksleitung getätigte Lohnabkommen für Aue ungenügend war. Verbandsvorstand und Bezirksleitung lehnen die Unterstützung des Streikes ab, weil die Bauarbeiter sich den Allgemeininteressen (ites Interessen d. Arbeitsgemeinschaft) unterordnen müssen.

Die Auer Bauarbeiter wenden sich um Hilfe an die ausgeschlossenen Klassengenossen in Chemnitz. Und die von einer auf dem Verbandstag in Leipzig wild gewordenen Verbandsbureaukratie als Verbrecher beschimpften Ausgeschlossenen geben den Auer Klassengenossen ihre solidarische Bruderhilfe. Durch diese Unterstützung erreichten die Auer Bauarbeiter nach einem dreiwöchentlichen Kampf einen 10 Mark höheren Stundenlohn als Dresden und Leipzig. Auch in der Ferienfrage wurde ein guter Erfolg erzielt, und zwar wurden sechs Ferientage bei 40 Wochen Beschäftigungsdauer im Baugewerbe erzielt. Der Bezirksleiter des DBV. weiterte natürlich in Versammlungen und bei Verhandlungen gegen den „Tarifbruch" der Auer Bauarbeiter und der Auer Unternehmer, weil sie diese Zugeständnisse gemacht haben. Die Auer Bauarbeiter haben sich verpflichtet, solange keine Hauptkassenbeiträge an Paeplow abzuführen, sondern das Geld nach Chemnitz abzuführen, bis die Streikkosten an Chemnitz zurückgezahlt sind.

In Annaberg beschlossen die Bauarbeiter ebenfalls den Streik. Auch hier lehnte der Verbandsvorstand die Unterstützung des Streikes ab. Nachdem der Streik zwei Wochen währte, beschlossen die Annaberger, sich an die Ausgeschlossenen um Hilfe zu wenden. Ein Bericht aus Annaberg sagt darüber:

„Die Zentralgewerkschaftsleitung hat die Lohnbewegung als wild erklärt und deshalb keine Gelder zur Verfügung gestellt.

Hierzu gibt die Streikleitung bekannt, daß es ihr gelungen ist, eine andere Gewerkschaft zur Finanzierung des Lohnkampfes zu gewinnen, die gewillt ist, größere Geldsummen zur Verfügung zu stellen, wenn Garantie dafür geleistet werde.

Nach längerer Aussprache beschließt die Versammlung, die Verbandsbeiträge für die Hauptkasse so lange zu sperren, bis die Anleihe an den betreffenden Verband zurückerstattet ist."

In Glauchau und Pockau dasselbe Bild. Im ganzen Reich sind die „wilden" Streiks und Bewegungen an der Tagesordnung.

In Königberg tragen sich die Beamten mit Rücktrittsgedanken, weil sie den Willen der Mehrheit nicht zur Ausführung bringen wollten.

In Berlin löst der Vorstand die aktivsten Bezirke auf, um dem Willen der Mehrheit nicht Rechnung zu tragen und um die Berliner Bauarbeiterschaft kampfunfähig zu machen.

In Leipzig sperren die Mitglieder die Beiträge, weil die Bureaukratie des DBV. glaubt, die Mitglieder als Heloten behandeln zu können.

Paeplow hat recht behalten, es geht tatsächlich „drunter und drüber", aber nicht in Chemnitz, sondern im DBV. zum Schaden der Mitglieder

Aufgabe der deutschen Bauarbeiter muß es sein, ihre Organisation wieder zu dem zu machen, was sie war, eine Organisation des Klassenkampfes.

Vom Tage

Hauseinsturz bei Karstadt. Hamburg. Heute nachmittag stürzte der hintere Teil des Eisenbetonbaues des Kaufhauses Karstadt ein. Zwei Tote und vier Schwerverletzte konnten geborgen werden, zwei weitere Arbeiter werden vermißt.

Gestohlener Schmuck. Berlin. In einem Hotel am Potsdamer Platz wurden einer Dame aus einem Zimmer im ersten Stock durch einen Fassadenkletterer neben Bargeld Schmucksachen im Werte von drei Millionen Mark gestohlen.

Flugzeug London—Berlin. Gestern nachmittag gegen 3 Uhr landete das erste Verkehrsflugzeug London—Berlin auf dem Flugplatz Staken bei Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Wenn die Regierung eingreift ....

Der preußische Minister für Wohlfahrt hat auf Grund der Wohnungsmangelverordnung mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums angeordnet, daß von jetzt an die **Umwandlung von Wohnräumen in gewerbliche, Geschäfts- oder Bureauräume der Genehmigung der Gemeindebehörde und der Zustimmung der kommunalen Aufsichtsbehörde bedarf.** Die Genehmigung darf **nur** erteilt werden, wenn der Gemeinde entsprechende gleichwertige Wohnräume oder entsprechende Geldbeträge zur Herstellung neuer Wohnräume überwiesen werden. — Mit solchen Palliativmittelchen sucht die Regierung darüber hinwegzulenken, daß in der Wohnungsmisere so gut wie nichts geschieht. Und es wird auch nicht anders, bis die ganze verfaulte und faule Gesellschaft von der Arbeiterschaft ausgeräuchert worden ist.

Keine Kredite mehr für Gemeinden

Laut V. Z. sieht sich die Deutsche Girozentrale, die den Kommunen Kredit gewährte, gezwungen, offiziell anzukündigen, daß sie ihre Hilfeleistung jetzt einstellen müsse, da sie den Kreditansprüchen der Kommunalverbände nicht mehr in dem gewünschten Maße entsprechen könne.

Neue Löhne für die chemische Industrie

Für die Arbeiterschaft der chemischen Industrie in der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen sind für die Zeit vom 16. bis zum 30. September neue Löhne festgesetzt worden. Sie betragen in der höchsten Klasse und Altersstufe für männliche Betriebsarbeiter 69 Mk., für weibliche 45.50 Mk. Postenleute erhalten in der höchsten Klasse 71 Mk., Maschinisten der Gruppe A 69 Mk., der Gruppe B 71 Mk. und der Gruppe C 73 Mk., angelernte Handwerker 71 Mk. und Handwerker 73 Mk.

Delitzsch

Ein Feuer vernichtete in der Nacht zum Sonntag auf dem Rittergut Groß-Lissa zwei Diemen mit Getreide von 36 Morgen aus diesjähriger Ernte. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen.

Das Gewerkschaftskartell ladet für heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, zu einer öffentlichen Versammlung im „Schützenhaus" ein. Thema: Kampf gegen Wucher und Teuerung. In dieser Versammlung zu erscheinen, ist Pflicht aller Genossen, zumal die Behörden eingeladen sind, ihre Maßnahmen gegen die Teuerung bekanntzugeben. Fehle keiner!

Zschornewitz

„Die Bekämpfung der Teuerung" lautete das Thema, über das Genosse Urban (Halle) in öffentlicher Versammlung am Dienstagabend sprach. Der Besuch von nur zirka 110 Männern und Frauen zeigte, daß die Not bei uns noch nicht allzu groß zu sein scheint und daß die Einwohner, obgleich sie sonst alle über die Teuerung schimpfen, nicht den Mut aufbringen, eine kommunistische Versammlung zu besuchen. Der Referent zeigte die wahren Ursachen der Teuerung, die im Zusammenbruch des kapitalistischen Wiederaufbaues liegen, und forderte als Ausweg aus diesem Elend den gemeinsam geführten Kampf der Arbeiterklasse. Als Vorbereitungs- und Ausführungsorgane ist die Bildung von Kontrollausschüssen und die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses eine **Notwendigkeit.** Eine Diskussion fand nicht statt.

Die „Freie Arbeiter-Volksbühne" führte am Sonntag in einem Unterhaltungsabend das Stück „Kapital und Arbeit" auf. Der gute Besuch und der Verlauf des Abends zeigten, daß die Arbeiterschaft wohl imstande ist, selbst proletarische Kunst zu bieten. Hoffentlich tritt die „Volksbühne" in diesem Winter des öfteren mit ähnlichen Stücken an die Oeffentlichkeit. Für die „Rote Hilfe" konnte ein Ueberschuß von 2160 Mk. abgeführt werden.

Oberröblingen

Im Schacht verunglückt. Der 20jährige Fördermann Johann Gorisch verunglückte auf der Grube Kupferhammer durch plötzliches Zusammengehen eines bis dahin ruhig stehenden Bruches. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Artern

Die Artener Betriebsräte fordern den Reichskongreß. In einer am 15. September stattgefundenen Vollversammlung der Betriebsräte wurden nachstehende Resolutionen angenommen: „Die Vollversammlung der Betriebsräte von Artern fordern vom Magistrat schon jetzt, Mittel und Wege zu finden für eine eventuell eintretende Arbeitslosigkeit. Ferner fordern sie sofortige **Anerkennung des bestehenden Kontrollausschusses** zwecks Feststellung der Lebensmittelpreise." — „Der Hunger des Proletariats steigt. **Wir fordern von unseren Spitzenorganisationen sofortige Inangriffnahme wirklich durchgreifender Maßnahmen im Sinne der zehn Forderungen des ADGB.** Sollte das nicht geschehen, so stellen wir uns hinter den von den Betriebsräten Berlins gewählten Fünfzehner-Ausschuß und werden alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, den wirklichen Kampf gegen den Hunger zu führen, unterstützen. Um einen einheitlichen Kampf führen zu können, fordern wir die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses mit der Tagesordnung: Kampf der Teuerung."

Reinsdorf

Der Feldhüter Gühne, der vor kurzem den Schuhmacher Schäfer in seiner Wohnung erschossen hat, hat im Reinsdorfer Wald Selbstmord begangen.

Verbotene Frucht!
Ein Film-Kunstwerk größten Formats.
Wo? 3583 **Wann?**

K.P.D.

Kommunistische Partei Deutschlands

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 5. Freitag, den 22. Sept., abends 8 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **Distriktsversammlung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer müssen hierzu einladen.

Distrikt 7a. Freitag, den 22. Sept., abends 8 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **Sitzung** der Hundert- und Zehnerschaftsführer. Alles Material ist mitzubringen.

General-Versammlung der Ortsgruppe Halle. Sonntag, den 24. Sept., vormittags 9 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft". Die Delegierten müssen pünktlich erscheinen.

Halle-Saalkreis.

Ammendorf. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, im Hotel: **Gr. Funktionärversammlung.** Mitgliedsbuch legitimiert.

Dölau. Freitag, 22. Sept., abds. 8 Uhr: **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Wolfen. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, im Gasthof von Woch: **Mitgliederversammlung.**

Bitterfeld. Donnerstag, 21. Sept., abds. 8 Uhr, im „Fürst Bismarck": **Oeffentliche Frauenversammlung.** Referentin: Genossin Anna Köhler (Halle).

Düben. Freitag, 22. Sept., abds. 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Gen. Bormann (Halle).

Kreis Liebenwerda.

Prösen. Donnerstag, den 21. September, abends 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Landtagsabgeordn. Schumann (Halle). Im Anschluß an diese Versammlung findet eine **Mitgliederversammlung** statt.

Mansfelder Seekreis.

Teutschenthal. Freitag, 25. Sept., abds. 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Ref.: Genosse Schnmann (Halle).

Kreis Merseburg.

Neumark. Mittwoch, den 20. September, abends 5 Uhr, in Schumanns Gasthof in Neumark: **Betriebsräte- und Funktionärkonferenz.**

Kreis Weißenfels.

Weißenfels. Freitag, 22. Septbr., abds. 8 Uhr, im „Volkshaus": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Sangerhausen.

Sangerhausen. Dienstag, den 19. September, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Refer.: Gen. Max Lademann.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu **Drucksachen** benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Für sofort
einige Maurer
nach **Bau Stöbnitz**
gesucht. 3579
Herm. Mäcke,
Baugeschäft.

Maurer stellt ein
796 **An der Baderei 1,** Ecke Herrenstraße

Unsere

verehrten Leser sind vielfach der Ansicht, daß wir uns nur mit der Herstellung unseres „Klassenkampf" befassen. Das trifft aber nicht zu. Wir unterhalten vielmehr auch eine Abteilung

Buchdruckerei

in der Formulare und Drucksachen jeder Art für den Geschäfts-, Vereins- und Privatbedarf sowie Plakate hergestellt werden. Sie

ist

mit einer reichhaltigen Auswahl neuzeitlichen Schriftenmaterials sowie modernen Maschinen ausgestattet, so daß wir in jeder Beziehung

leistungsfähig

sind und auch verwöhntesten Ansprüchen stets Rechnung zu tragen vermögen. In jedem Bedarfsfalle bitten wir Preisanstellung bzw. den Besuch unserer Vertreter zu verlangen

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
e. G. m. b. H.
Abt: **Buch- und Kunstdruckerei**
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
Fernruf Nr. 1045, 1047, 2251

Eisleben.

Einen Posten getragene
Arbeitsschuhe u. Stiefel
neue Arbeitshosen
Winterjoppen, Wolle,
u. alle Sorten **Strümpfe**
sowie ein Posten Flaschen
empfiehlt 615
Franz Blosfeld
Ziegelrode.

Gebt für die Rußlandhilfe

Bekanntmachung.

Die An- und Abmeldungen der Schüler und Schülerinnen der Berufsschulen erfolgen sehr oft überaus säumig. Im Interesse eines geregelten Schulbetriebes müssen wir auf genaue Innehaltung der hierüber erlassenen Bestimmungen halten. Wir machen deshalb die in Frage kommenden Bestimmungen hiermit erneut bekannt: § 8. Die Gewerbeunternehmer haben jeden von ihnen beschäftigten, im fortbildungsschulpflichtigen Alter stehenden gewerblichen Arbeiter spätestens am 8. Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Berufsschule bei dem Schulvorstande anzumelden und spätestens am 3. Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Berufsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und, soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

Eisleben, den 15. September 1922.
632 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Anträge von Minderbemittelten (Invaliden, Kleinkapitalrentnern, Witwen, bedürftigen Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten) auf Ausstellung eines Holzlesezettels werden am 22. und 23. September d. J., vormittags von 8—12 Uhr, im Wohlfahrtsamt gegen Zahlung einer Gebühr von 5 Mark entgegengenommen.

Eisleben, den 16. September 1922.
631 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Die Brotkarten-Ausgabe erfolgt am Mittwoch, den 20., und Donnerstag, den 21. September 1922, in den bekannten Geschäften. Verabfolgt werden je Person Marken über 1800 Gramm wöchentlich für die Zeit vom 25. September bis 22. Oktober 1922. Marken sind sofort nachzuprüfen. Nachforderungen werden nicht anerkannt. Für verspätetes Abholen im Wirtschaftsamt sind 50 Pf. Mehrunkostenbeitrag zu entrichten.

Eisleben, den 19. September 1922.
630 **Der Magistrat.**

Dr. Thompson's Seifenpulver
gibt blendend weiße Wäsche

Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Schwan!
*792

Kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten.

Anna Theuring
Gr. Wallstr. 42 Telephon 4263
zahlt 3584
jeden Konkurrenzpreis
für **Lumpen, Papier, Bücher und Zeitungen, Alteisen, Felle, sämtliche Metalle, Wolle usw.**
Kostenlose Abholung.

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 608
kaufen Wiederverkäufer am **billigsten** bei
Bachran & Co., **Markt 6,** gegenüber Börse.

Zahnklinische Einrichtung
komplett oder im einzelnen
zu kaufen gesucht.
Offerten unter **U. W. 1380** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4
*794

Für Markensammler!
Russische Briefmarken.
Volksbuchhandlung, Harz 42/43.

Wittenberg.

Trotz Preiserhöhung ist
1011 **Gas**
wesentlich
billiger
als **Holz** und **Kohle.**
Es kosten heute gegen früher:
Holz das **400** fache
(1 Rm Mark **2000,00** gegen Mark **5,00**).
Briketts das **425** fache
(1 Zentner Mark **260,00** gegen Mark **0,60**).
Gas das **150** fache
(1 cbm Mark **25,00** gegen Mark **0,16**).
Darum:
Wer Gas verbraucht, wirtschaftet billiger u. spart obendrein die knappen und teueren Kohlen für den Winter.

Nervenleiden, Frauenleiden, Magen- und Darm-Krankheiten 610
werd. mit Erfolg geheilt
Uhlandstr. 5, pt. r.
Sprechzeit: Täglich 4 bis 7 Uhr, Sonntags 9 bis 11 Uhr.

Prima Strickwolle
in allen Farben
kaufen Sie billig in
Weißwollwaren
Olearinsstraße 5,
L.-Wuchererstr. 7.

Karl Fallenbacher,
Angerweg 1, 622
hält Kolonialw., Lebensm.
Walcharitkel best. empfohl.

Werbt für den „Klassenkampf"

Stadt-Theater.
Donnerstag, d. 21. Sept., Anf. 7½, Ende 9½ Uhr:
Jedermann
Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes von Hugo v. Hofmannsthal.
Freitag: **Bunbury.**

Fußbälle
609 Spezialität:
Marke „Salzgraf",
pa. Panzer-Kernchromleder
anerkannt erstklassig!
Jungmann-Bälle
Sportgerechte
Fußballstiefel
Jugendstiefel.
Solide Ware.
Große Auswahl.
J. Schärer & Cie.,
Halle (Saale),
Gr. Ulrichstraße 40,
(Eingang Kaulenberg).

Gute 636
Photographien
liefert noch preisw.
Hans Schellenberg
Phot. Atelier
Gr. Steinstr. 16
gegenüb. Café Bauer.

Schulbücher
Schreibwaren
Tinte usw.
empfiehlt die
Volksbuchhandlung

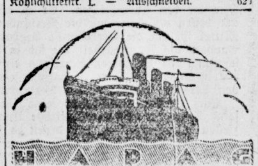
Bettwäsche *793
aus rechtzeitig erfaßten Warenmengen
zu alten Preisen!

Deckbettbezüge	890,00	1050,00	1275,00	usw.
Kopfkissen . . .	190,00	240, 0	325,00	usw.
Bettlaken . . .	360,00	430,00	575,00	usw.
Wäschestoffe .	165,00	195,00	220,00	usw.

Inletts absolut federdicht und farbecht, enorm preiswert
Lakenstoffe, Tisch-, Roll- und Handtücher
weit unter Preis.
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung.
Reelle fachmännische Bedienung.
Berliner Bettwäschefabriken,
Verkaufsstelle:
Halle (Saale), Ludwig-Wucherer-Straße 28.

Verbotene Frucht!
Der alles überragende Großfilm.
Wo? 3583 **Wann?**

300 Mk. zahlen wir, wenn nicht sofort **Eckolda** Flöhe (Brut) **Läuse, Wanzen,** vernichtet. — Schwaben, Holzwurm, Ratten, Mäuse. — Zu haben bei: Drogerie Ballin, Leipziger Str. 63; Drogerie Fleck, Freiimfelderstr. 19; Germania-Drogerie, Gr. Ulrichstr. 51 (Kaiserfäle); Drogerie Holländer, Alter Markt 4; Hallmarkt-Drogerie Klaus, Dreyhauptstr. 2; Königs-Drogerie, Kreyer, Lindenstraße 55; Drogerie Ott, Steinweg 26; Neumarkt-Drogerie Schulze, Bernburger Straße 32; Medizinal-Drogerie Stitz Nachfolg., Gr. Steinstraße 33; Löwen-Drogerie Trute, Giebichenstein, Kohlschütterstr. 1. — Ausschneiden. *621



HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAMER DIENST MIT DER
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
HALLE a. d. S., Georg Schultze, Bernburger Straße 32. *630

Geschlechtsleiden!
Drei lehrreiche Hefte, à Stück Mk. 2,00, Porto extra. 1. **Harnröhrenleiden** (frisch und veraltet) mit Anhang: **Weißfluß der Frau.** 2. Behandlung der **Syphilis.** 3. **Nervenschwäche** spez. **Mannesschwäche.** Keine Berufsstörung, keine giftigen Einspritzungen. Viele Anerkennungen. Schreiben Sie sofort, welches Leiden Ihnen Sorge macht. Alles völlig diskret. *620
Dr. med. **H. Schmidt, Spezialinstitut** G. m. b. H. **Berlin** NW 63, **Rathenower Straße 73,** Sprechst. 10—1, 4—7.

Gestern nachmittag verschied nach langem Leiden meine liebe Frau und gute Mutter, Tochter und Schwester

Frau Martha Rohr,
geb. Korn

im Alter von 27 Jahren.

Dies zeigt tiefbetrübt im Namen aller Hinterbliebenen an

Artur Rohr.

Die Einäscherung findet Sonnabend, nachmittags ½3 Uhr statt. 3585

Für die überaus zahlreiche Teilnahme beim Begräbnis unserer teuren Entschlafenen sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichen Dank aus.

Dank allen denen, die uns während der schweren Krankheit treu zur Seite gestanden haben, sowie Herrn Pastor Knoblauch für die trostreichen Worte. 3581

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen:

Paul Günther, **Graseweg Nr. 8.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 20. September 1922

Die Differenzen in der Produktiv-Genossenschaft

Die menschewistische Presse, voran die „Volksstimme", und die bürgerliche Presse behandeln seit einiger Zeit die Differenzen, die zwischen dem technischen Personal und der Verwaltung bestehen. Durch die Vorgänge vor dem Schlichtungsausschuß sind die Gegner der Kommunistischen Partei mit „gewissem Material" versehen worden, das sie gegen die Partei und die Produktiv-Genossenschaft auszuschlachten versuchen. Wir wollen deshalb nochmals die sachlichen Gründe der Differenzen aufzeigen.

Das Personal unseres Unternehmens hat seit seinem Bestehen eine Reihe Vergünstigungen. Obwohl einige Genossen den Standpunkt vertraten, daß im kommunistischen Betrieb kein Betriebsrat notwendig sei, hat doch die Verwaltung dem Betriebsrat Rechte eingeräumt, die die Vorschriften des Gesetzes und die Praxis in anderen Betrieben weit übersteigen. So hat der gesamte Betriebsrat in der Verwaltung Sitz und Stimme; außerdem hat er je einen Vertreter im Vorstand und in jeder Kommission. Dann zahlte die Genossenschaft mindestens 10 Prozent über den Tarif. Ferner trug die Verwaltung alle sozialen Beiträge (Kranken- und Invalidenkasse). Im Falle der Krankheit eines Beschäftigten wird die Lohndifferenz 6 Wochen lang auf die Krankenunterstützung bis zur Höhe des Lohnes gezahlt. Schließlich bekommt jeder Beschäftigte vom Laufmädchen bis zum Geschäftsführer 18 Wochentage Ferien. Das sind Vergünstigungen, die in keinem Druckereibetrieb in Halle bestehen.

Die Lage des Geschäfts war unter den gegebenen Verhältnissen natürlich keine rosige. Im Gegensatz zu anderen Druckereien sind unsere Maschinen erst nach dem Kriege und sehr teuer gekauft. Es sind auch noch nicht alle Maschinen voll bezahlt. Durch die bekannten Wucherpreise für Papier und Drucksachenmaterialien mußte das Geschäft finanziell vorsichtig wirtschaften.

Im Juni hatte deshalb die Geschäftsleitung vorgeschlagen, das Personal solle seinen Pflichtteil zur Kranken- und Invalidenkasse selber tragen und bei künftigen Lohnerhöhungen solle der prozentige Aufschlag auf die tarifliche Lohnzulage wegfallen. Es war nicht daran gedacht, etwa im Gesamtlohn nur das Minimum des Tarifs zu zahlen, sondern der damals bestehende Aufschlag, der für den einzelnen 87 bis 103 Mark in der Woche betrug, sollte bestehen bleiben. Für die Zukunft sollte das Personal der Produktiv-Genossenschaft immer 87 bis 103 Mark in der Woche über den Tarif haben, ganz gleichgültig, welcher Minimumsatz besteht. Der auf die Beschäftigten entfallende Teil der sozialen Beiträge betrug nach den Sätzen im Juni für das Geschäft im Jahre 508 000 Mark. Er beträgt nach den Erhöhungen im August rund 0,75 Millionen Mark für das Unternehmen. Das ist ein Kapital, mit dem das Geschäft Papierankäufe hätte machen können. Diesen Pflichtteil sollen das technische wie das kaufmännische Personal ohne jede Ausnahme selber tragen.

Die Verwaltung hatte Anfang Juni diesen Beschluß einmütig gefaßt. Es ist durchaus nicht so, als wenn etwa ein Geschäftsführer oder ein Parteigenosse über die Köpfe der anderen hinweg diktiert hätte. Am Tage nach diesem Beschluß drohte das Personal mit dem Streik, weil sie in dem Beschluß der Verwaltung eine Verschlechterung ihrer Position erblickten. Der Geschäftsführer setzte diesen Beschluß außer Kraft und es fand eine neue Sitzung statt. Dort wurde vom Personal vorgeschlagen, nur einen Teil des Pflichtbeitrages für die Kranken- und Invalidenkasse abzuziehen und auch nur einen Teil des zehnprozentigen Aufschlags bei künftigen Lohnerhöhungen fortfallen zu lassen. Ein Vorstandsmitglied schlug vor, die vollen Abzüge zu machen, dafür aber einen Fonds anzusammeln, aus dem im Falle der Krankheit der Aufschlag zum Krankengelde gezahlt würde und dessen eventueller Ueberschuß am Jahresschlusse von der Belegschaftsversammlung dem Reservefonds der Produktiv-Genossenschaft oder zu Papierankäufen zur Verfügung gestellt werden könne. Der erste Vorschlag wurde von der Verwaltung, der zweite vom Betriebsrat abgelehnt. Am 29. Juni fand dann die dritte Verwaltungssitzung statt, in der endgültig die Vorschläge der Verwaltung beschlossen wurden. Zwei Mitglieder des Betriebsrates stimmten mit der Verwaltung, während die übrigen drei sich der Stimme enthielten. Es wurde dann vereinbart, eine Belegschaftsversammlung abzuhalten, in der die Verwaltung ihre Gründe geltend machen sollte.

Diese Belegschaftsversammlung ist vom Betriebsratsobmann nicht einberufen worden. Das Setzerpersonal hat vielmehr später eine Besprechung unter sich abgehalten, aus der es einen Geschäftsleiter, der von der Sitzung Kenntnis erhalten hatte, hinausgewiesen hat. Dort wurde der Beschluß gefaßt, vor dem Schlichtungsausschuß Klage zu erheben, und dort sind auch neben dem Betriebsratsobmann Otterburg und Eltzsch bestimmt worden, die Klage vor dem Schlichtungsausschuß zu vertreten. Die kaufmännischen Angestellten erklärten wiederholt, daß sie von dem Vorgehen des technischen Personals nichts gewußt haben.

Die Verwaltung konnte um so eher der Meinung sein, die Angelegenheit sei erledigt, weil 1. die Belegschaftsversammlung nicht stattfand, 2. die Belegschaft auf die Kündigung der Arbeitsordnung am 1. Juli mit Wirkung vom 15. Juli keine Aeußerung gab und 3. das Personal bei der tariflichen Lohnzulage am 1. August die Zulage schon zwei Tage früher forderte (und auch erhielt) mit der Begründung, daß ja die 10 Prozent und die sozialen Beiträge in Abzug gebracht würden. Erst als die Kommission zur Beratung der neuen Arbeitsordnung zusammentreten sollte, erklärten die Vertreter des Betriebsrates, daß sie daran nicht mitarbeiteten. Der Schlichtungsausschuß ist ja auch deshalb zu einer Verurteilung der Produktiv-Genossenschaft zur Weiterzahlung der sozialen Beiträge gekommen, weil wir die Kündigung der Arbeitsordnung nicht beim Schlichtungsausschuß eingereicht haben. Die Verwaltung hat eben geglaubt, daß auf gütlichem Wege die Differenz erledigt wäre.

Die Oeffentlichkeit und vor allem unsere Parteigenossen sind nun über die sachlichen Gründe des Streitfalles informiert. Wer nun noch über „Brutalität im eigenen Hause" reden will, hat freie Bahn. Die gesamte Verwaltung der Produktiv-Genossenschaft, die — wir wiederholen es — völlig einstimmig diese Beschlüsse gefaßt hat, hat nur im Interesse der Partei und des Parteiunternehmens gehandelt. Daß die Gegenrevolutionäre aller Schattierungen sich ärgern, wenn trotz aller Hindernisse und Widerwärtigkeiten und trotz ihrer Lügen und Verleumdungen die kommunistische Trutzburg weiterbesteht, ist für jeden Arbeiter wohl selbstverständlich.

Die monarchistischen „Hallischen Nachrichten"

Die Zeitungen befinden sich in großer Not. Täglich gehen jetzt Zeitungen ein, weil die Verleger von kleinen und mittleren Zeitungsunternehmungen den hohen Papierpreis nicht mehr zahlen können. Die Zeitungen, die noch erscheinen, sind gezwungen, infolge des Papierwuchers und der anderen ungeheuerlich gestiegenen Materialkosten hohe Abonnements von den Lesern zu fordern. Die Stinnespresse braucht diese Bewegung nicht mitzumachen, weil ja die Gelder immer wieder in den großen Topf zurückfließen. Anders ist es schon bei der Presse, hinter der weniger kapitalkräftige Kreise stehen, bei der sogenannten „neutralen" Generalanzeigerpresse. Sie muß mit dieser Bewegung gehen, wenn auch nicht in dem Maße, wie die Arbeiterpresse, die nur auf die Groschen der Arbeiter angewiesen und den Papierwucherern hilflos ausgeliefert ist. Die „neutrale" Generalanzeigerpresse hat jetzt trotz ihres billigeren Abonnementspreises einen starken Abonnentenrückgang zu verzeichnen. Die immerhin noch kapitalkräftigen Verleger versuchen jetzt durch Flugblätter und Hausagitation diese katastrophale Bewegung aufzuhalten. Die Arbeiterschaft braucht den Rückgang dieser Giftmischerblätter nicht zu beklagen, die ja nur geschaffen sind, die Arbeiter über die Ursachen ihrer erbärmlichen Lage hinwegzutäuschen und von ihren eigentlichen Zielen abzulenken. In ihren Flugblättern sagen sie, daß sie eine „unabhängige, von Parteirücksichten freie, allein dem Wohle des Ganzen dienende Politik" treiben. Wie diese „unabhängige" Politik aussieht, darüber gibt z. B. die gestrige Ausgabe der „Hallischen Nachrichten" ein deutliches Bild. An leitender Stelle bringt dieses Blatt einen längeren Artikel über den 64jährigen Greis in Doorn, der sich mit einer 35jährigen Witwe wiederverheiraten will, in der Art, wie früher die gesinnungs- und charakterlosen Schreibknechte und Schmarotzer über alles, was sich am Hofe degenerierter Fürsten und idiotischer Könige zutrug, berichteten. Auch die „neutralen" „Hallischen Nachrichten" glauben ihren Lesern, die leider noch in Arbeiterkreisen zu suchen sind, lang und breit über dieses „Ereignis" berichten zu müssen.

Für Blätter solchen Schlages ist es wirklich nicht schade, wenn sie eingehen. Die Arbeiterschaft kann es nur begrüßen, und sollte diesen Prozeß beschleunigen dadurch, daß sie selbst dafür sorgt, daß solche Hetz- und Giftblätter aus den Wohnungen der Arbeiter verschwinden. In den Betrieben müssen sich die Arbeiter gegenseitig kontrollieren durch Vorzeigen der Abonnementsquittungen und diejenigen, die bürgerliche Zeitungen noch lesen, über den Verrat an ihren eigenen Klassengenossen aufklären.

Nur ein Schneider!

Die Betriebsrätebewegung ist den Bonzen arg in die Glieder gefahren. Sachlich allerdings läßt sich gegen die Selbsthilfeaktion des Proletariats nichts sagen. Der „Vorwärts" versucht sie zu diskreditieren, indem er schwindelt, nur aus vier Städten lägen Zustimmungskundgebungen vor, und indem er sich über die Delegierten für den Betriebsrätekongreß lustig macht. Er erzählt, in Halle habe man auch einen Kontrollausschuß eingesetzt und nur einen Schneider zum Delegierten gewählt.

Das ist allerdings furchtbar. Die hallischen Arbeiter sind so rückständig und wählen nicht einmal einen Bonzen. Sie begnügen sich mit einem einfachen schlichten Schneider. Mit solcher Feststellung glaubt der „Vorwärts" den Betriebsrätekongreß erledigt zu haben.

* **Findige Staatsanwälte.** Daß unsere Staatsanwälte neben ihren Aufgaben, für Ruhe und Ordnung im kapitalistischen Staate zu sorgen, gleich andere wichtige Pflichten im Interesse dieser kapitalistischen Ordnung zu erfüllen haben, davon gibt ein Strafbefehl Kenntnis, der unserem Geschäftsführer, Genossen Fritz Kroh, übersandt wurde. Im Juli wurde ein Flugblatt „Einheitsfront des Proletariats oder Koalition mit dem Bürgertum" von der Produktivgenossenschaft gedruckt. Da er gegen den Inhalt des Flugblattes nicht einschreiten konnte, fand sein prüfender Durchblick schließlich doch etwas, auf dem das Auge des Gesetzes hängen blieb: die Druckfirma entsprach nicht den gesetzlichen Bestimmungen. Und weil dabei der Zusatz: „e. G. m. b. H." fehlte, darum wurde der Geschäftsführer der Produktivgenossenschaft zu einer Geldstrafe von 60 Mk. und 25 Mk. Kosten verurteilt. Unsere Staatsanwälte lesen die kommunistischen Flugblätter sehr genau. Wenn sie sonst nichts zu tun haben, dann suchen sie sich eben Beschäftigung.

* **Zur Nachahmung empfohlen!** Die Belegschaft der Aktien-Gesellschaft für Bauausführungen, Bau Zeppelinstraße, sammelte für die „Klassenkampf-Auto-Spende" 1220 Mk., die Belegschaft der Firma Natrop u. Eberhardt, Hohenthurm, durch Genossen Härtel, 400 Mk.

Aus der Provinz

Volkskalender 1923

Dieser Tage erscheint der neue Volkskalender für das Jahr 1923, herausgegeben im Auftrage der KPD., Bezirk Halle-Merseburg. Ausstattung und Inhalt sind diesmal von einer Reichhaltigkeit, die über den Durchschnitt der gewöhnlichen Kalender weit hinausragt. Er enthält vor allem eine große Anzahl wertvoller Arbeiten bekannter kommunistischer Schriftsteller und Parlamentarier, die mit eindringlichster Sachlichkeit die wirtschaftlichen und politischen Probleme erörtern. Der einleitende Artikel „Rück- und Ausschau" gibt einen fesselnden Rückblick auf die rasende Fahrt in den Abgrund, die unser Wirtschaftsleben im verflossenen Jahre gemacht hat. Er zeigt, wie neben der wirtschaftlichen Verelendung und Verlumpung des Proletariats die Herrschaft der schwarzrotgoldenen Demokratie eine kolossale Erstarkung der Konterrevolution ermöglicht, die auf die unbeschränkte Diktatur des Stinnes-konzerns und auf die Wiedererrichtung der Monarchie loszielt. Georg Schumann zeigt in einem lebendig und für jedermann verständlich geschriebenen Artikel „Die politischen Parteien" das Werden und den Zweck der verschiedenen deutschen Parteien. Wilhelm Koenen behandelt den Milliardensteuerraub und die Bankrottwirtschaft. O. Kilian gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Kommunisten im Landtag. G. Menzel berührt das finsterste Kapitel der „freiesten Demokratie", die Kerkerschmach der Republik. Paul Schwenk, Stadtverordneter in Berlin, liefert Beiträge zu den kommenden kommunalpolitischen Verfassungskämpfen in Preußen. Martha Arendsee zeigt uns an packenden Beispielen die Unzulänglichkeit des heutigen Wöchnerinnenschutzes und des Hebammengesetzes. Aeußerst wertvoll und sehr willkommen für unsere Genossen in den Dörfern und Kleinstädten ist eine längere Arbeit von Iwan Katz über: „Kommunalpolitische Aufgaben in kleinen Gemeinden". Der Artikel beweist die hohe Bedeutung der kommunalpolitischen Betätigung unserer Partei und wird den Genossen nützliche Anregungen geben. K. Schulz schreibt über das Landproletariat und die Kommunisten. Felix Halle, Juristischer Beirat der kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion kennzeichnet in einem höchst interessant geschriebenen Beitrag den Unterschied zwischen der Justiz im bürgerlichen Staat und der im proletarischen Staat.

An diesen Teil der Anregung und Belehrung schließt sich der unterhaltende Teil an. Er bringt außer Gedichten (Warschawjanka, die rote Fahne) und Novellen von Maxim Gorki, Anatole France, Peter Rosegger usw. manche humoristischen und satirischen Stückchen. Der Trächtigkeits-, Brüte- und Brünstigkeitskalender, das Verzeichnis der Märkte im Jahre 1923 im Regierungsbezirk Merseburg und Anhalt sowie die wichtigsten Adressen der KPD. ergänzen den Inhalt. Besonders hervorzuheben ist noch die reichhaltige Illustrierung des Kalendariums, das uns Bilder von Leid und Freud des Proletariers in wenigen, aber treffsicheren Strichen vor Augen führt. Hier fehlen auch die wichtigsten proletarischen Gedenktage nicht.

Alles in allem muß man sagen, daß die reichhaltige und sorgfältige Zusammenstellung des Volkskalenders es noch mehr als bisher den Genossen zur Pflicht macht, dem Kalender die weiteste Verbreitung zu sichern. Der Vertrieb geschieht durch die Parteiorganisation. Der Versand durch die Bezirksleitung an die Ortsgruppen erfolgt in der letzten Woche im September. Um eine gute Vorbereitung des Kalenders zu ermöglichen, empfiehlt es sich, die Verbreitung in die zweite Woche des Oktober zu verlegen. Der Preis des Kalenders beträgt 15 Mk., was in Anbetracht der gewaltig gestiegenen Herstellungskosten als niedrig genug angesehen werden muß.

Auf, Genossen, an die Arbeit! Verbreitet den Volkskalender 1923!

Torgau

Durch die Explosion eines Granatzünders hat die Frau des Alteisenhändlers Naumann am Süptitzer Weg den Tod gefunden; einige weitere Personen sind erheblich verletzt worden. Einige Knaben hatten auf dem Exerzierplatze Obernaundorf Blindgänger ausgegraben und brachten sie zu Naumann, um sie zu verkaufen. Sie trafen zunächst den 15jährigen Knecht Franz Schulz, kaufen. Sie trafen zunächst den 15jährigen Knecht Franz Schulz, hatte einen Zünder in der Hand und ließ ihn fallen, es folgte eine Explosion, und Frau Naumann wurde dabei so schwer verletzt, daß sie sofort starb. Schulz erlitt erhebliche Wunden am Gesicht und an den Armen, ein Schulknabe am Oberschenkel und am Unterleib. Beide sind nach dem Krankenhaus gebracht worden. Die Tochter Naumanns erlitt Verwundungen am Knie, und drei Schulkinder wurden ebenfalls verletzt.

Aschersleben

Zusammenstoß. Auf dem Bahnhof stieß ein Wasserzug in die Flanke eines Eilgüterzuges aus Halle und brachte zwei Wagen völlig aus dem Gleise, so daß sie auf dem Kopfe standen. Beide Wagen und die Maschine wurden schwer beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Der Verkehr ist inzwischen wieder aufgenommen.

Spende

9. Quittung

Uebertrag:	51 402,80 Mk.
List. 389 Lorenz, Wöllbg.	948,— „
Liste 42 Wildschütz	520,— „
Liste 78 Nauendorf	220,— „
List. 390 Lorenz, Wöllbg.	200,— „
Eb. Lüddicke, Halle	200,— „
Durch Fr. Schnelle, Halle	200,— „
Liste 87 Spickendorf	468,— „
Keglkl. „Unter uns" Halle	100,— „
Br. Kurze, Halle	100,— „
A. Dörner, Halle	100,— „
Gastw. Müller, Teuchern	100,— „
O. Wessel, Eisleben	100,— „
Distrikt 7a	100,— „
E. Klingner, Spickendorf	100,— „
F. H.	60,— „
W. Schuster, Kröllwitz	50,— „
O. Kühne, Halle	50,— „
G. Bachmann jun., Halle	50,— „
Uebertrag:	55,115,80 Mk.

Uebertrag:	55,115,80 Mk.
G. Bachmann sen., Halle	50,— „
Alfr. Bandermann, Halle	50,— „
P. Böttcher, Eisleben	50,— „
O. Peter, Stedten	50,— „
R. Essebier, Krosigk	50,— „
Fr. Weismann, Trotha	50,— „
A. Grübsch, Osendorf	45,— „
W. Sachse, Halle	20,— „
R. Krause, Halle	20,— „
Dietrich, Halle	20,— „
Rückwaldt, Halle	20,— „
Klaus, Halle	20,— „
Berger, Halle	20,— „
Richter, Halle	20,— „
Ungenannt, Halle	20,— „
Lehnert, Halle	15,— „
Cichochewsky, Halle	10,— „
Karl Kirmse	5,— „
Summa:	55 600,80 Mk.

10. Quittung

9. Quittung	55 600,80	Uebertrag	58 175,80
Belegsch. d. Akt.-Ges. für Bauausführung., Bau Zeppelinstraße	1 220,—	P. Nowack, Mühlbg. a. E.	50,—
Belegsch. d. Fa. Natrop u. Eberhardt, Hohenthum, d. Gen. Härtel	400,—	B. Weise, „	50,—
Geburtstagsfeier		G. Wendt, „	50,—
O. Reichert d. G. Haller	155,—	O. Meger, „	50,—
O. Büchner, Halle	100,—	K. Kretzschmar, „	50,—
H. Schmidt, Lützen	100,—	P. Tauschnitz, „	50,—
Bernhard, Geitengrim, Vogtland	100,—	G. Grunert, „	50,—
A. Machus, Halle	100,—	M. Heine, „	30,—
G. Seidewitz, Queis b. R.	100,—	K. Keil, „	10,—
O. Kunze, Papitz	100,—	A. Seelisch, „	10,—
H. Krämer, Nebra	50,—	H. Richter, „	10,—
H. Frankel, Delitzsch	50,—	A. Simon, „	10,—
A. Böhm, Passendorf	50,—	A. Wirtlieb, „	10,—
K. Dörner, Halle	50,—	H. Böhme, „	10,—
		W. Preußke, „	10,—
		H. Schessler, „	10,—
		P. Müller, „	5,—
		A. Möbius, „	5,—
Uebertrag	58 175,80	Summa	58648,80

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Urban, für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Sonnabend, den 23. Septbr. Feiertags halber geschlossen. S. Weiss Am Markt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Der Amateursozialist

25] Roman von Bernhard Shaw

„Ist es nicht widerwärtig, wenn ein Mann eine so krasse Unwissenheit über die gehobene Lebenslage seiner Klasse verrät?" fragte Smilasch, indem er sich an Miß Wilson wandte.

„Wenn Sie deutlichtigen, den Mann mit nach Hause zu nehmen," sagte sie und sah ihn scharf an, „dann tun Sie es am besten jetzt gleich."

„Ich finde es gütig von Ihnen, daß Sie mich bitten, etwas zu tun. Früher waren Sie doch so erzürnt und sagten Mr. Wickens, ich sei die letzte Person in Lynern, der Sie eine Arbeit anvertrauen würden."

„Das sind Sie auch — die allerletzte Person. Warum trinken Sie Ihr Bier nicht?"

„Nicht weil ich Ihr Gebräu verachte, Lady. Aber ich bin nur ein gewöhnlicher Mann, und Wasser ist gut genug für mich."

„Ich wünsche Ihnen gute Nacht, Miß," sagte der Mann. „Und ich danke auch vielmals wegen Beß und der Kinder."

„Gute Nacht," sagte sie und ging an die Seite, um jede Begrüßung durch Smilasch zu vermeiden. Aber er trat zu ihr hin und sagte mit leiser Stimme, indem er wieder das Benehmen und den Ausdruck des Trefusis annahm:

„Gute Nacht, Miß Wilson. Sollten Sie jemals die Dienste eines Hundes, eines Mannes oder eines Hausingenieurs gebrauchen, dann erinnern Sie Smilasch an Beß und die Kinder, und er wird sofort zur Stelle sein."

Sie öffneten vorsichtig die Türe und fanden, daß der Sturm, durch den Regen überwältigt, nachgelassen hatte. Miß Wilsons Kerze flackerte zwar in dem Zugwinde, aber sie wurde diesmal nicht ausgelöscht. Die beiden Frauen waren jetzt allein. Sie schlossen und verriegelten die Türe und lauschten auf die Fußtritte, die auf dem Kiesboden knirschten und langsam in dem gleichmäßigen Gießen des Regens erstarben.

Siebentes Kapitel

Agatha ging um diese Zeit in ihr siebzehntes Jahr. Sie hatte eine scharfe Auffassung für die Schwächen der andern und keinen Respekt vor den älteren Schülerinnen, die sie für stumpfsinnig, ängstlich und lächerlich allzählich hielt. Aber sie war einer Einbildung unterworfen, die die Jugend so oft dem Alter gegenüber benachteiligt: sie hielt sich für eine Ausnahmenatur. Während sie Mr. Jansenius und dem gewöhnlichen Menschenpack nur eine oberflächliche Kenntnis der größten Tatsachen des Lebens zutraute, fühlte sie in ihrer Seele ein zartes Verständnis und eine hingebende Liebe zur Natur, die nur ihre Lieblingsdichter, ihre Roman- und Geschichtshelden teilten. Deshalb konnte sie wie die meisten jungen Menschen viel besser die Angelegenheiten fremder Leute beurteilen als ihre eigenen. Ueber ihre Mitschülerinnen, die irgendeinen Hans oder Heinrich anbeteten, nicht aus dem kindlichen Gefühl, das die Welt Liebe nennt, sondern weil gerade dieser Hans oder Heinrich ein Phönix war, auf den die Gesetze, die sonst die Beziehungen junger Leute regeln, nicht paßten, lachte sich Agatha ins Fäustchen. Je mehr sie solche Schwächen bei ihren Freundinnen sah, desto sicherer fühlte sie sich selbst davor. Sie war ja gewarnt. Sie glich einem Doktor, der glaubt, er sei vor den Pocken sicher, weil er schon viele Fälle davon gesehen hat. Oder einem Seemann, der weiß, wie viele Schiffe im Kanal untergehen, und der nun ohne Steuermann fährt, weil er die Gefahren viel zu gut kennt, um etwas von ihnen zu befürchten. Und wie der Doktor an einer solchen Meinung festhält, weil er glaubt, er sei anders veranlagt als die gewöhnlichen Menschen, wie der Schiffer so losgelegt, weil er sein Schiff — für einen Stern hält; so fand auch Agatha eine falsche Sicherheit in dem Unterschied zwischen ihren Mitschülerinnen, die sie von außen beurteilte, und sich selbst, die sie innerlich kannte. Als sie sich zum Beispiel in Mr. Jefferson Smilasch verliebte — sie entschloß sich dazu am Tage nach dem Sturm — gab ihre Phantasie diesem wonnigen Gefühl eine höhere Weihe, die es weit über die nichtigen Schwärmereien setzte, die ihre andern Mädchen anvertrauten und deren Gegenstand Hans oder Heinrich waren.

„Ich kann ihn ganz kühl und gleichgültig ansehen," sagte sie sich selbst. „Obgleich sein Gesicht einen seltsamen Einfluß ausübt, der sicherlich mit einer unerklärlichen Macht in mir in Verbindung steht, ist es doch kein vollkommenes Gesicht. Ich habe viele Männer gesehen, die streng genommen viel hübscher sind. Wenn auch ein überirdisches Licht aus seinen Augen leuchtet, es sind doch keine hübschen Augen — sie sind nicht halb so klar wie meine. Obgleich er keine gewöhnliche Kleidung mit einer unaussprechlichen Grazie trägt, die keine feine Erziehung mit jedem Schritt verrät, er ist doch nicht schlank, dunkelbaarig und melancholisch, wie mein idealer Held sein würde, wenn ich eine solche Narrin wäre wie die andern Mädchen in meinem Alter. Wenn ich auch verliebt bin, ich habe doch genug Verstand, um mit durch meine Liebe nicht mein klares Urteil trüben zu lassen."

Sie erzählte niemand von dem neuen Reiz, den ihr Leben gewonnen hatte. Sie war bei stärkste in dem Mädchenkreise und benutzte ihre Macht in gutmütiger Weise, um die beliebte Anführerin der andern zu werden. Aber sie schreckte auch gelegentlich nicht davor zurück, sich die Vorrechte eines Schulgroßmannes zu verschaffen. Aber Beliebtheit und Vorrechte genügten ihr nur, wenn sie die Laune dafür hatte. Die Mädchen wollen wie die Männer geschätzelt, getröstet und mit Aufmerksamkeit behandelt werden, wenn sie mutlos und niedergeschlagen sind oder unerwiderte Liebe fühlen. Solche Dienste kann aber der Schwache nicht dem Starken erweisen, und der Starke will es nicht tun, außer wenn beide verschiedenen Geschlechts sind. Agatha wußte durch Erfahrung, daß ein schwaches Mädchen nicht verstehe, warum die stärkere Schwester sich an sie anlehnt, daß sie sich einfach an der Tatsache erbaut und statt aller Tröstung nur Geschwätz gibt. Agatha wußte Verständnis und kein Geschwätz. Da sie das nicht finden konnte, beschloß sie, auf Mitgefühl zu verzichten und zu schweigen. Sie hatte das schon oft tun müssen, und jetzt half ihr die Empfindung, wie lächerlich ihr Gefühl einem gewöhnlichen Auge erscheinen mußte.

Ihr Geheimnis war leicht zu verbergen, da man sie auf der Schule jeder zarteren Empfindung für unfähig hielt. Die Liebe beeinflußte sie äußerlich gar nicht. Sie verletzte sie nur in den Glauben, daß jetzt ihre Mädchenzeit hinter ihr läge, daß sie jetzt eine Frau mit neuentstandenen Trieben und Fähigkeiten sei, über die sie noch vor kurzem in kindischer Weise gespottet hätte. Sie schämte sich jetzt über die Biene an der Fensterscheibe, obgleich sie das Stück trotzdem ebenso häufig summte als vorher. Ihr Tagesplan war früher eine einförmige Folge von Unterrichtszeit, Essen, Spielzeit und Schlafzeit gewesen, jetzt wurde er in unregelmäßiger Weise durch Spaziergänge nach dem Landhaus und gelegentliche flüchtige Blicke auf seinen Bewohner eingeteilt.

Anfang Dezember stellte sich ein scharfer Frost ein, und die Schiffahrt auf dem Kanal wurde aufgehoben. Wickens Junge kam mit der Nachricht in die Anstalt, Wickens Weiber trüge schon, und die jungen Damen wären zu jeder Zeit willkommen. Der Weiher war nur vier Fuß tief, und da Miß Wilson viel von der körperlichen Erziehung ihrer Schülerinnen hielt, gab sie ihnen Erlaubnis zum Schlittschuhlaufen. Agatha, die sehr gewandt im Eislaufen war, schlug vor, am nächsten Morgen noch vor dem Frühstück sollte eine ausgewählte Abteilung hinausgehen. Handlungen, die an sich nicht verdienstlich sind, erscheinen uns oft als solche, wenn man früh aufstehen muß, um sie auszuüben, und so gaben einige Kandidatinnen der Cambridge-Prüfung, die nie einen Nachmittag einem Vergnügen geopfert hätten, sofort ihre Zustimmung. Ohne sie wäre übrigens der Plan gar nicht ausgeführt worden. Denn als sie am nächsten Morgen um halb sieben Agatha aufforderten, ihr warmes Bett zu verlassen und in die schneidende Kälte hinauszukommen, würde sie sich ohne Bedenken geweigert haben, hätte sie sich nicht vor den „mügen Mädchen geschämt, die halberfroren und hungrig dastanden" und doch bereit waren, aufs Eis zu gehen. Als Agatha sich zitternd und zähneklappernd angezogen hatte, beschwichtigten sie ihr innerliches Unbehagen durch ein paar Biskuits, die sie aßen, nahmen ihre Schlittschuhe und gingen quer über die bereiften Felder an geduldigen Kühen vorbei, die ganze Wolken von Dampf ausatmeten, nach Wickens Teich. Hier fanden sie zu ihrem Erstaunen Smilasch, der sich auf elektrisch versilberten, ganz teuren Schlittschuhen mit allem Eifer in den schwierigsten Figuren übte. Es zeigte sich bald, daß sein Ehrgeiz größer war als seine Uebung, denn er taumelte eine Weile wild umher, hielt sich ein paarmal mit genauer Not aufrecht und stürzte dann mit Ellbogen, Waden und Hinterkopf gleichzeitig auf das Eis. Als er sich kläglich zu einer sitzenden Stellung erhoben hatte, bemerkte er, daß acht junge Damen sein Tun mit Interesse beobachteten.

(Fortsetzung folgt.)

Erwache!

Not und Elend
zähes Leben
Kranke Kinder
Dir gegeben.

Arbeitsqualen,
Angentränen
viele Leiden
noch zu nennen.

Sucht die Ursach
zu ergründen,
willst auf Fragen
Antwort finden?

Willst dich wehren,
daß beschieden
Dir nur Qual
und niemals Frieden?

„Ganz umsonst
Deine Mühe
alles Grübeln
spät und frühe

Sollst stumm bleiben,
sollst nicht fragen?
Sollst gehorchen
und ertragen!"

Das die Antwort
jener Leute
die dich quälen
und herrschen heute.

M. Brysman.

Teuerungsbilder

Man stöhnt, man jauchzt, man rennt. Die Teuerung ist angebrochen.

In den vornehmen Bädern ist es lustig. Fröhliche Gesichter, Feste und . . . Einkäufe, Einkäufe, Einkäufe. Die eleganten Geschäfte werden gestürmt.

„Ich habe mir gleich sechs Kleider und zwei Anzüge für die Herbstsaison gekauft", sagt Frau Direktor Münz. „Es wird ja doch alles teurer und die Sachen sind wirklich reizend, das Jackett ist mit Pelz besetzt und die Abendtoilette mit echter Spitze."

„Und Ihre Fräulein Tochter?"

„O, Ilschens Aussteuer ist jetzt endgültig fertig. Die Sorge bin ich los."

„Ja, die Ilse, die kann jetzt dreimal nacheinander heiraten, wenn sie mag," lacht Herr Direktor. „Die Aussteuer reicht schon."

Die Inhaberin der Villa „Idylle" ist in großer Erregung. Der Dollar steh: 2000 und ihre Gäste haben in diesen Tagen Riesenvermögen verdient. Wie hoch soll sie nun die Preise setzen?

An der schöngedeckten Tafel mit Kristallvasen und Weinflaschen beginnt sie von der Teuerung zu sprechen.

„Furchtbar, Frau Baronin, nicht wahr, die Teuerung? Unsere Lieferanten haben die Preise aufs Dreifache in die Höhe geschraubt."

„Wirklich?" sagt die Baronin. „Die Leute sind so unverschämt."

„Mir wird geschrieben, daß unsere Arbeiter hundert Prozent Lohnerhöhung fordern", sagt lächelnd Herr Kommerzienrat, „na, dreißig Prozent werden wir ihnen zulegen und sollen sie sehen, wie sie damit auskommen."

Ein Seidenkleid rauscht. Frau und Herr Geheimrat kommen verspätet zum Mittagessen. Der Diener serviert erneut die Vorspeisen.

„Wohl einen Spaziergang gemacht?" fragt die Inhaberin.

„Nein, wir waren Einkäufe machen. Mein Mann hat mir zum kommenden Geburtstag ein Geschenk gekauft.

Die Damen blicken neidisch auf die Geheimtätin. Ein Smaragdkollier in Silber gefaßt glitzert an ihrem Halse. Die Herren am anderen Ende des Tisches schätzen halblaut:

„Dreihundert- bis vierhundertausend Mark wird es kosten. Dies ist eigentlich praktischer, als in Dollar anzulegen."

„Na, am praktischsten ist wohl Zucker, Textilien, Leder, Lebensmittel, da steigen die Preise enorm", sagt ihr Nachbar, ein Frankfurter Kaufmann.

„Wünsche wohl gespeist zu haben", erhebt sich die Wirtin, und die Gesellschaft wandert langsam aus der Glasveranda am Seeufer zur weißen Villa am Ende der Pappelallee.

Sonnabends bekommen die Herrschaften die Rechnungen mit einer Polonaise neuer Nullen versehen. „Jetzt kann auch ich Einkäufe machen", sagt schmunzelnd die Villeninhaberin zu ihren Töchtern. „Heute fahren wir nach Karlsruhe."

Die Dienstmädchen der Villa „Idylle" sitzen abends in der Küche und beraten.

„Ich kann bald mit Kartons und Bindfaden zu handeln anfangen, so viel räume ich die morgens aus den Zimmern weg", sagt die kleine Marie. „Was kaufen die nicht alles zusammen. Drei Paar weiße Schuhe hat sich die Dicke gekauft, und der Sommer ist doch schon um. Einen neuen Koffer haben sie gekauft, in den alten schaffen sie's nicht weg."

„Du, Marie, ich müßte mir eigentlich auch ein Paar Schuhe kaufen", sagt Grete, das Küchenmädel. „Meine sind schon durch."

„Weißt du, was die kosten? Zweitausend Mark! Hast du sie beisammen?"

Die Grete ist ganz verdutzt. Sie hat sich die Schaufenster schon lange nicht angesehen. 2000 Mark? Die Köchin hat sich doch unlängst welche für 300 gekauft.

„Können wir die Olle nicht um Vorschuß bitten. Die Gäste lassen ja jetzt an Trinkgeldern kaum noch was."

„Probier's mal!" sagt höhnisch die Köchin. „Die Olle ist mit ihrem Beutel nach Karlsruhe. Sie deckt sich ein. Kriegen kriegst du höchstens von ihr die Kündigung."

Und die Grete sinnt. Schuhe könnte sie schon bekommen, sogar sehr schöne.

Ihre Freundin von der „Weißen Taube" hat sogar einen seidenen Jumper gekriegt. Die hat sich aber mit einem Amerikaner eingelassen, einer alten Fratze mit lauter Goldzähnen. Na und das . . . das macht die Grete nicht. Vielleicht verdient sie sich bis zum Winter noch ein Paar Schuhe. —

•

Der Autobus rast über die Linden. Eine Dame in hellem Sommerkleid, Samthut und gefärbtem Blondhaar springt hinein. Sie hat ein Paket im Arm. „Tag, Herr Krüger", begrüßt sie einen eleganten Jüngling in Zymmihandschuhen. Er tritt ihr seinen Platz ab, beugt sich zu ihr herüber und beide plaudern halblaut.

„Einkäufe gemacht?", weist er auf ihr Paket.

„Dunkelblaues Tuch, weiß noch nicht, was ich mir davon machen lasse. Aber noch sehr preiswert, fünfzehnhundert das Meter. Ich bin diese Woche furchtbar herunter", fährt sie fort. „Niemals kommt man nach außerhalb, immer die langweiligen Einkäufe. Wir haben im August das doppelte Gehalt gekriegt und auch mein Mann hat Glück gehabt. Acht Paar Schuhe habe ich mir in drei Tagen gekauft! Können Sie sich vorstellen, was man herumlaufen muß, um was Elegantes zu bekommen. Mit Lebensmitteln sind wir jetzt versorgt und beziehen auch nächstens die neue Wohnung. 60 000", fügt sie leise hinzu. „Bitte besuchen Sie uns."

Ein Handfuß und die fröhliche Dame steigt samt ihrem Tuch aus. Ein Wagen zweiter Klasse in der Kleinbahn in Thüringen. Langsam ziehen die dunkelgrünen Berge vorbei. Ruhe herrscht im hohen Tannenwald. Frisch rauschen die klaren Bäche durch hellgrüne Wiesen. Hier wird wohl die Teuerung nicht eingezogen sein.

„Ich fahre eigentlich, mir einen Anzug zu besorgen", sagt ein Herr mit Glatze und roter Nase. „Man steckt so in den Geschäften drin, daß man keine Zeit hatte, sich Anzüge zu besorgen, trotzdem meine Frau schon lange mahnt. Und nun kostet ein Anzug fünfzehntausend Mark und ich will versuchen, in einem kleineren Ort einen für zehntausend zu ergattern."

Eine großstädtische Sommerfrischlerin lacht: „Wünsche viel Glück", sagt sie. „Wir sorgen ja hauptsächlich für Lebensmittel. Ich habe jetzt glücklicherweise einige Zentner Zucker für den Winter erwischt." „Nun, soviel habe ich auch", sagt ein thüringischer Industrieller, „und Mehl und allerhand dazu, aber das nützt alles nichts. Wir werden bald alle gleich werden."

„Wieso?" meint das Fräulein.

„Denen, die was haben, wird es eben weggenommen", sagt der Industrielle, „wir gehen schlimmen Zeiten entgegen. Sehen Sie den Rauch, da ist gestern ein Teil der Sägefabrik abgebrannt, wahrscheinlich in Brand gesteckt worden. Wir müssen auf alles gefaßt sein."

Die ganze Schumannstraße kennt Frau Stiller. So eine kluge und geschickte Frau! Alles kann sie: Seife kochen und Kleider färben, Herrenanzüge bügeln und frisieren, die schönsten Torten backen und es mit jedem aufnehmen. Ihr Mann ist Kellner, aber Familie Stiller wohnt sonndo viel Mal besser als die Familien der anderen Kollegen.

Die Wohnung blitzblank, gemütlich, alles vorrätig, die Kinder nett gekleidet, alle Woche Ausflüge, Vergnügungen. Ende August hatte Liselotte Stiller Geburtstag. Mit einem großen Streuselkuchen und Napfkuchen geht Frau Stiller über die Straße. 700 Mark hat der Kuchen gekostet. Frau Stiller hatte für ihre Jüngste beiseite gelegt. Aber warum geht sie nicht wie immer erhobenen Hauptes durch die Straße? Zu Boden schaut die muntere Frau und ihre Wangen sind rot.

„Zum letzten Male back' ich so einen Kuchen", sagt sie zu Hause ihrem Mann. „Ich hab mich vor den Leuten schämen müssen, die wissen ja schon jetzt nicht, wo sie das Geld für das Allernotwendigste hernehmen sollen. Ich will nicht besser leben als die anderen."

*

Polizei ist im Hause. Das ganze Gäßchen in Aufregung. Der Straßenkehrer, der im Eckhaus in der Mansarde wohnt, hat sich mit Gas vergiftet. Kein Mensch weiß warum. Jetzt fragen die Kriminalbeamten die Nachbarn aus, ob nicht seine Frau daran die Schuld trägt. Die beiden sollten sich oft miteinander gestritten haben.

„Hört einmal, was ich euch sagen will", sagt die Metallarbeiterin, die unter ihm wohnt, zu den Beamten. „Geht nach Hause und laßt uns und die arme Frau in Frieden. Vier Kinder hat der Mann gehabt und zwölfhundert Mark die Woche. Meint ihr, das genügt nicht, um den Hahn aufzumachen?!" —

Die Teuerung rast. „An allem sind die Franzosen und die verfluchten Ausländer schuld, die wollen unser Blut und kaufen uns das ganze Zeug vor der Nase weg", sagt der alte Krämer. „Die Deutschen müssen unter sich einig werden, die Juden hinausschmeißen und das ganze Ausländerpack obendrein", predigt er seinen Kunden. „Vielleicht hat er recht", meint die Bäckerfrau.

„Wir haben's schon im Kriege versucht, die Einigkeit aller Deutschen", erwidert hastig ein Kriegsbeschädigter. „Und wir haben die Wunden und die Verelendung, die deutsche Bourgeoisie die Profite davongetragen. Nein, jetzt machen wir's anders."

„Ja, jetzt machen wir's anders", ertönen energische Frauenstimmen. Wir werden nicht willenlos verhungern und die anderen sich mästen lassen. Wir werden kämpfen."

In allen deutschen Gauen rast die Teuerung und weckt Verzweiflung und Kampf, Kampf und Verzweiflung. Frauen, münzt die blasse Verzweiflung in roten Kampf um! K. P.

Aus der Zeitschrift „Die Kommunistin".

Das Schaf

„Gott zügelt den Sturm für das geschorene Schaf," sprach der Pfarrer.

„Ich werde das Tor des Feldes schließen, damit das Schaf nicht friere," sprach der Philanthrop.

„Wenn ihr mir die Wolle gebt," sprach der Wohltäter, „dann will ich dem armen Geschöpf die Hälfte davon überlassen."

„Die Schafe haben wir immer unter uns," sprach der Wollspekulant.

„Schafe müssen geschoren werden," sprach der Geschäftsmann. „Reicht mir die Schere."

Wir müssen ihm genug Wolle lassen, damit es sich einen Mantel machen könne," sprach der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft.

„Es geht ihm bereits besser," meinte der Gutsbesitzer, „nächstes Jahr wird seine Wolle schon länger sein."

„Wir müßten verbieten, daß beim Scheren in sein Fleisch geschnitten werde," sprach der Gesetzgeber.

„Ach aber," sprach der Radikale, „will das ganze Scheren abschaffen."

Da stürzten sich die anderen auf ihn, warfen ihn hinaus und teilten die Wolle unter sich.

Aus dem Amerikanischen von Hermynia Zur Mühlen.

An die Indifferenten!

„Ist es so unklar, daß unsere Bewegung eine soziale ist, und daß man nicht die Anleitungen zu schreiben hat, um die Insaben von Melonen und Lachsen, von Pasteten und Eisstorten, kurz, den wohlhäbigen Bourgeois zu beruhigen, sondern daß man Anstalten treffen muß, um den Armen, der kein weiches Brot, kein gutes Fleisch, keine warme Kleidung, kein Bett hat, der bei seiner Arbeit nicht mit Reiskuppen und Kamillentee beliehen kann, den Armen, der am meisten von der Seuche getroffen wird, durch eine Verbesserung seiner Lage vor derselben zu schützen? . . . Ach, es ist sehr traurig, daß immer Tausende in Elend sterben müssen, damit es einigen Hunderten wohlgeht und daß diese Hunderte, wenn wieder ein neues Tausend an die Reihe kommt, nur eine Anleitung schreiben!"

Rudolf Virchow.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220920-19/fragment/page=0006